

Bezugspreis: Vierteljährlich 9.—, monatlich 3.—, frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezugs: Monatlich 3.—, 1/4, 1/2, 3/4, 1, 1 1/2, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

# Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Komposition kostet 1.20 M. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 30 Bsp. (zählend 1 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 25 Bsp. Stellengeld und Schließstellenanzeigen das erste Wort 60 Bsp., jedes weitere Wort 30 Bsp. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Feuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 1.20 M. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Schließt vom 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Sonnabend, den 26. Juli 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

## Entlarvung der Alldeutschen!

### Der Konflikt in den Siemenswerken.

Die Verhandlungen, die gestern nachmittag im Reichsarbeitsministerium stattfanden, haben noch nicht zu einer Beilegung des Konflikts geführt. Die Vertreter der Parteien verständigten sich dahin, daß der Streitfall vor dem Schlichtungsausschuß Groß-Berlin zum Austrag gebracht werden soll. Die Verhandlungen des Schlichtungsausschusses begannen heute vormittag 10 Uhr im Vorzimmer.

Kurzzeit ruht der Betrieb in allen Werken des Siemenskonzerns vollständig. Die Arbeiter haben die Entlassungen mit dem allgemeinen Streik beantwortet. Infolgedessen befinden sich mehr als 30000 Arbeiter und Arbeiterinnen im Ausstand.

Die in bürgerlichen Blättern ausgesprochene Befürchtung, der Streik könne sich auf die gesamte Berliner Metallindustrie ausdehnen, ist grundlos. Die Arbeiter haben keine Veranlassung, dem Ausstand eine weitere Ausdehnung zu geben. Daß sie zu einer Verständigung bereit sind, zeigt ja ihre Beteiligung an den Verhandlungen. Mit der Lohnbewegung in der Metallindustrie, für welche die Verständigungsmöglichkeiten noch nicht erschöpft sind, steht der Konflikt bei Siemens in keinem Zusammenhang.

Hoffentlich wird der Ausstand in den Siemenswerken durch die heutigen Verhandlungen beigelegt werden. Es wäre ja unehrenhaft, wenn ein so unbedeutender Vorgang wie das Abstreifen von Plakaten zu einem ausgedehnten Kampf von den schwerwiegendsten Folgen führen sollte. Es war kein kluger Einfall, daß die Betriebsleitung einen Antrag, für den eine kleine Ordnungsgeldstrafe vielleicht angebracht gewesen wäre, mit der Entlassung von 40 Arbeitern beantwortete, die dann den Ausstand von 30000 nach sich zogen.

Hier muß ein Weg zur Verständigung gefunden werden.

Zu vorgerückter Nachtruhe erfahren wir noch, daß am Freitag nur mittags zwischen 11 und 1 Uhr im Reichsarbeitsamt verhandelt worden ist. Ohne Ergebnis.

Die Verhandlungen werden vor dem Schlichtungsausschuß am Sonnabend vormittag 9 Uhr fortgesetzt.

### Schiedspruch im Schmiedestreik.

Zur Beilegung des Schmiedestreiks fand am gestrigen Freitag vor dem Schlichtungsausschuß unter Vorsitz eines Vertreters des Demobilisierungskommissars eine Verhandlung statt. Es wurde ein Schiedspruch gefällt und den Parteien ausgegeben, sich bis Dienstag mittag 12 Uhr über seine Annahme zu entscheiden. Es darf die Hoffnung ausgesprochen werden, daß damit der Schmiedestreik sein Ende findet.

### Lohnbewegung der Metallarbeiter.

Wegen der allgemeinen Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Berliner Metallindustrie fanden am gestrigen Freitag gleichzeitig paritätische Verhandlungen zwischen dem Verband Berliner Metallindustrieller und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband statt, die bisher jedoch zu einer Einigung nicht geführt haben. Die Arbeitnehmer beabsichtigen nunmehr das Reichsarbeitsministerium zwecks Vermittlung anzurufen.

### Elektrizitätsarbeiter in Oberschlesien ausständig.

Kattowitz, 25. Juli. Die Arbeiter der beiden ober-schlesischen Raktwerke Chorzow und Zabrze haben beschlossen, heute (Freitag) in den Ausstand zu treten. Sie fordern 10 Prozent Lohnserhöhung, Wiedereinstellung von entlassenen Arbeitern, Absetzung des Direktors Pilger, sofortige Bewilligung eines Kohlen-deputates und Wohnungsgeld.

### Wirkungen des englischen Bergarbeiterstreiks.

#### Einschränkung des englischen Eisenbahnverkehrs.

Wie aus London gemeldet wird, muß von Montag an der Eisenbahnverkehr in England erheblich eingeschränkt werden, um einen Ausgleich für den Ausfall der Kohlenförderung zu schaffen. Gleichzeitig wird bekanntgegeben, daß vom 1. August ab Hausbrandkohle an Private nur in halben Rationen abgegeben wird.

Das Wirtschaftsleben wird durch den Streik auf das empfindlichste gelähmt. Infolge der Kohlenknappheit können in verschiedenen englischen Städten keine Straßenbahnen mehr verkehren, die Straßenbeleuchtung mußte ebenfalls eingeschränkt werden. Die englische Eisen- und Stahlindustrie wird auf das schwerste geschädigt. Insgesamt feiern bereits 50000 Arbeiter, deren Betriebe infolge Kohlenmangels schließen mußten. (Z.)

### Staatssekretär Otto Bauer vor dem Rücktritt.

Wien, 25. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Politik des Staatssekretärs für Auswärtiges, des Genossen Dr. Otto Bauer, war darauf gerichtet, mit Italien als unserem mächtigsten Nachbar in ein gutes Verhältnis zu treten. Er hat danach getrachtet, eine Lösung für die Frage Deutsch-Südtirol

zu finden, welche dieses Land militärisch zwar Italien überläßt, das darauf bestand, es aber politisch und wirtschaftlich bei Deutschösterreich läßt. Er wollte in diesem Sinne auch ein Mittler zwischen Italien und Deutschland sein.

Nun hat vor einiger Zeit der Chef der italienischen Mission in Wien, Prinz Vorkheise, erklärt, daß Italien auf diesen Plan, der ihm nicht die volle Souveränität in Deutsch-Südtirol gibt, sich nicht einlassen könne. Der zweite Grund für den Rücktritt Bauers ist das

#### Mißtrauen der Franzosen

gegen ihn, das sie einmal wegen seines Eintretens für den Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland hegen, dann aber auch, weil sie ihn bolschewistischer Ideen verdächtigen. Dieses französische Mißtrauen wird auch durch die Erwägung nicht beseitigt, daß Otto Bauer während des Krieges so wie wenige die imperialistischen Tendenzen bei den Mittelmächten auf das Schärfste bekämpft hat.

Bauer hatte schon vor längerer Zeit dem Staatskanzler Genossen Dr. Renner mitgeteilt, daß er aus diesem Grunde zurücktreten wolle, der Staatskanzler hatte aber die Entscheidung bis zu einer persönlichen Unterredung verschoben. Bei der Besprechung in Feldkirch in Vorarlberg, die nach der Ueberreichung des Erwürgungsfriedens von St. Germain stattfand, scheint

#### der Staatskanzler zugestimmt

zu haben, jedoch das Scheiden Bauers vom Staatsamt des Auswärtigen höchst wahrscheinlich ist. Er leitet daneben auch die Sozialisierungskommission.

In der heutigen Sitzung des Hauptausschusses der österreichischen Nationalversammlung wurde vom Präsidenten Seis Mitteilung vom Rücktritt Bauers gemacht, der danach schon vollzogen ist. Der Nationalversammlung soll vorgeschlagen werden, den Staatskanzler Renner mit der Leitung des Auswärtigen zu betrauen.

### Die französische Finanzlage.

#### Sechsmilliardenanleihe?

Aus der gestrigen Sitzung der französischen Kammer, in der der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wurde, ist zu berichten: Scharfe Angriffe richteten die Abgeordneten Vedouce und Lefebvre gegen das Finanzgebahren des Ministeriums. Vedouce erklärte, der Krieg habe Frankreich 300 Milliarden gekostet; dazu kämen bis Ende 1919 89 Milliarden konsolidierte Schuld, 74 Milliarden schwebende Schuld und 30 Milliarden ausländische Verpflichtungen. Unter diesen Umständen berechne er das Minimum des zukünftigen jährlichen französischen Budgets auf 25 Milliarden. Trotz der verschiedenen Steuerpläne blieben noch 10 Milliarden ungedeckt. Lefebvre vertrat die Ansicht, daß eine Anleihe von fünf bis sechs Milliarden notwendig sei.

### Französisch-elsässische Zusammenstöße in Straßburg.

Nach Mitteilungen der „Offenburger Zeitung“ ist es am Dienstag in Straßburg zu blutigen Zusammenstößen zwischen französischem Militär und der Zivilbevölkerung gekommen. Der Anlaß dazu war der Ausstand der Straßenbahner. Um den Verkehr aufrechtzuerhalten, hatten französische Offiziere und Unteroffiziere die Bedienung der Wagen übernommen. Dies erwiderte die Arbeiter derart, daß sie die Straßenbahnwagen mit Steinen besarfen und die Leitungsdrahtseile zerstörten. Bei den Zusammenstößen sollen ein Offizier und mehrere Soldaten getötet und andere Franzosen mißhandelt worden sein. Auch wurden Flugblätter verteilt, die die Selbständigkeit des ehemaligen Reichslandes forderten.

Italien für Annahme des Friedens. Aus Paris wird gemeldet: Man erwartet hier, daß Italien innerhalb zehn Tagen das Friedensabkommen mit Deutschland ratifizieren wird.

### Vor den Staatsgerichtshof!

Das Riesenverbrechen, das die Alldeutschen an die deutsche Nation begangen haben, ist gestern in Weimar um ein weiteres wichtiges Stück enthüllt worden. Daß dieser Krieg — von der Schuld an seiner Entstehung ganz zu schweigen — mit völliger Niederlage und Zerschmetterung des deutschen Volkes nach vierjähriger Ausübung seiner besten Kräfte enden mußte, — das ist ihr Werk, ihr Werk allein.

Bergweilert klammern sich die Alldeutschen an die Legende, daß die Revolution den Zusammenbruch Deutschlands verschuldet und herbeigeführt habe. Aber ein Blinder fühlt mit dem Krüchler, daß die Revolution nicht die Ursache, sondern die Folge, nicht die Mutter, sondern die Tochter der Niederlage war. Mit ein paar Scheinbeweisen, wie sie gestern wieder der konservative Lärmhauer v. Graefe in der Nationalversammlung vortrug, luden die Alldeutschen das moralische Gebäude ihrer Theorie zu stützen. Es war nichts, aber auch nichts Neues unter dem, was Herr Graefe mit großem Pathos vortrug. All die abgehandelten Geschichten tauchten wieder auf, die hier schon ein dutendmal blühend widerlegt worden sind: die verkleinerten Renommistereien des Magdeburger Unabgängigen Vater, die kindliche Geschichtsauffassung Ledebours von der Revolution, über die selbst die Kommunisten weidlich lachen, die Kontinentallegenden der „Deutschen Tageszeitung“, alles Argumente, deren völlige Wertlosigkeit längst erwiesen ist.

Was die Alldeutschen als „Beweise revolutionärer Unterwühlung“ der Armee anführen, das sind in Wirklichkeit nur die Beweise der vollkommenen Erschöpfung einer jahrelang gegen ungeheure Uebermacht von Menschen und Material schonungslos ins Feuer geschickten Armee. Daß die Westarmee im Herbst 1918 moralisch und physisch am Zusammenbruch war, das leugnet niemand, aber gerade dieser Umstand führt uns auf den springenden Punkt.

Auf den Punkt, welcher lautet: Ruhte der Krieg bis zu diesem totalen Zusammenbruch fortgesetzt werden? Gab es keine Möglichkeit, ihn früher zu beenden? Selbst wenn die Beweisführung der Alldeutschen so zutreffend wäre, wie sie falsch ist, selbst dann sind sie in keiner Weise entlastet, wenn sich herausstellt, daß die Möglichkeit bestand, den Krieg lange vorher zu beenden, noch ehe all das eintrat, was sie behaupten.

Das wissen die Alldeutschen. Und deshalb halten sie mit ungeheurer Zähigkeit die Behauptung von dem „unbedingten Vernichtungswillen der Gegner“ aufrecht. Wie ein unantastbares Dogma stellen sie den Satz hin, daß England, Frankreich, Amerika usw. in jeder Phase des Krieges entschlossen gewesen seien, den Krieg bis zur völligen Niederzwingung Deutschlands fortzuführen, und daß Deutschland deshalb gar keine andere Wahl gehabt habe, als den Krieg auch seinerseits fortzuführen bis zum völligen Sieg oder bis zur völligen Niederlage.

Und eben das ist die Lüge! Die Lüge, der wir den fürchterlichen Ausgang des Krieges verdanken. Die Dokumente, die der Reichsminister Erzberger gestern in der Nationalversammlung vorgetragen hat — unsere Leser finden ihren Wortlaut an der Spitze der ersten Beilage — beweisen unwiderleglich, daß der angebliche unbedingte Vernichtungswille der Gegner mindestens zu einem Zeitpunkt des Krieges nicht bestanden hat, daß sie mindestens zu einem Zeitpunkt die Verständigung mit Deutschland angestrebt haben, daß aber diese Verständigung an der Schuld der Alldeutschen und ihres Vertrauensmannes in der Regierung, des Reichskanzlers Michaelis, gescheitert ist.

Das war wenige Wochen, nachdem der Reichstag die bekannte Friedensresolution vom 19. Juli gefaßt hatte. Von jener Resolution behaupten die Alldeutschen, sie habe den Vernichtungswillen der Gegner gestärkt, denn sie sei als Zeichen der Schwäche aufgefaßt worden.

Das Gegenteil stellt sich jetzt heraus! Anderthalb Monate nach dieser Resolution machte England einen sehr ernsthaften Verständigungsversuch. Am 30. August 1917 schrieb der päpstliche Nuntius Pacelli einen Brief an den Reichskanzler unter Beifügung einer Abschrift eines Telegramms des englischen Gesandten beim Vatikan.

Der Inhalt dieses Schreibens war, daß der Papst seine Bemühungen für baldige Erreichung eines gerechten und dauerhaften Friedens wirksam fortsetzen werde, wenn Deutschland eine bestimmte Erklärung über die Absichten bezüglich Anerkennung der vollen Unabhängigkeit

Belgiens und seiner Entschädigung für die Kriegsschäden abgab und wenn zugleich Deutschland genau ausprägen, welche politischen, wirtschaftlichen und militärischen Garantien es seinerseits für die künftige volle Unabhängigkeit Belgiens fordere. Der Papst ließ hinzufügen, daß durch eine solche offene Erklärung ein bedeutender Schritt zur weiteren Entwicklung der Verhandlungen gemacht würde. Die englische Regierung sei bereits informiert, daß der Papst ihr nach Eingang der deutschen Mitteilung nähere Antwort geben werde.

Das war ein deutlicher und klarer Friedenschritt Englands, der offenbar von dem Wunsche diktiert war, ein weiteres Kriegsjahr zu vermeiden und mit Deutschland zu einer Verständigung zu gelangen. Offenbar rechnete England in diesem Stadium des Krieges kaum auf größeren materiellen Gewinn, es suchte nur seine Ehre zu retten, die in Belgien verhängt lag, denn um Belgiens willen hatte ja England das Schwert aus der Scheide gezogen.

Andererseits konnte Deutschland die gewünschten Erklärungen in Ruhe abgeben, hatte doch der Reichskanzler Bethmann Hollweg am 4. August 1914 das an Belgien verübte Unrecht und die Entschädigungspflicht Deutschlands offen zugestanden. Hier öffnete sich weit die Möglichkeit für Deutschland, mit Ehren und ohne materiellen Verlust aus dem Kriege gegen die ganze Welt herauszukommen.

Daß diese Möglichkeit verpaßt wurde, ist die Schuld des damals allein noch von der alldeutschen Militär- und Zivilclique im Kante gehaltenen Reichskanzlers Dr. Michaelis. Für das Parlament war dieser Mann bereits erledigt, als er seine Zustimmung zur Friedensresolution mit den Worten einschränkte: „wie ich sie auffasse“.

Diese Worte wurden sofort als überaus bedenkliche Zweideutigkeit ausgelegt, im Lichte der neuen Dokumente enthüllen sie sich als die größte Hinterhältigkeit, die in der Weltgeschichte dagewesen sein dürfte. Die geschichtliche Rolle des Dr. Michaelis stellt sich jetzt dar als die eines politischen Verbrechers, der ein Parlament, der ein ganzes Volk mit Lug und Trug hinter das Licht geführt hat.

Seine Aufgabe war die Lüge. Er ging ins Amt als Vertrauensmann der reaktionären Militärclique und sollte vor aller Welt und Volk erscheinen als Vertrauensmann der Parlamentsmehrheit. Er sollte sich zum Schein auf den Boden der Friedensresolution stellen, und sollte sie durch die Tat mit dem Ziele einer rein alldeutschen Annexionspolitik bekämpfen. In diesem Frevelspiel gab sich dieser mörderische Trömler her und sein christliches Gewissen suchte er abzustumpfen durch die Worte „wie ich sie auffasse“.

Dieser hinterhältige Feind des Verständigungsfriedens tat alles, aber auch alles, was nur möglich war, um die sich ausstreckende Hand Englands zurückzustoßen. Zunächst ließ er dieses Schreiben, von dem das Schicksal eines Volkes, von dem das Schicksal der Welt abhing, volle fünfundsiebzig Tage unbeantwortet. Das Schreiben, das er dann abschickte, ist ein unendliches Geschwätz, von dem das Goethe'sche Wort gilt: „Vergebens sprichst du viel, um zu verjagen“. Michaelis weigert sich, die Bedingungen Deutschlands in der belgischen Frage zu nennen, und es niht nichts, daß er diese Weigerung hinter einem Schwall zweideutiger diplomatischer Phrasen verbirgt. Von den Gegnern konnte die ausweichende Antwort des deutschen Reichskanzlers nur dahin ausgelegt werden, daß Deutschland sich bezüglich Belgiens jede Möglichkeit offen halten wollte, d. h. mit der Absicht umging, bei günstigem Kriegsausgang Belgien zu unterjochen. Irrend eine Möglichkeit der Weiterverhandlung war damit für England, dem Belgien Ehrenfrage war, nicht mehr gegeben.

## Für die Unabhängigkeit des Geistes.

Ein Aufruf von Romain Rolland.

Die Uebersetzung dieses Aufrufs, den die Berliner Zeitschrift „Demokratie“ soeben mitteilt, stammt von G. F. Nicolai.

Wir — einst Kameraden in der Arbeit am Geiste — sind seit fünf Jahren hier auf Erden einsam geworden, getrennt durch Armeen, Zensurordnungen und den Haß der kriegsführenden Völker. Aber heute, da die Schranken fallen und die Grenzen sich langsam wieder öffnen, wenden wir uns an Euch mit dem bittenden Ruf, unsere einstige Genossenschaft wieder herzustellen! Aber in neuer Form — fester und widerstandsfähiger als früher.

Der Krieg hatte Verwirrung in unsere Reihen getragen. Fast alle Intellektuellen haben ihre Wissenschaft, ihre Kunst und ihr ganzes Denken in den Dienst der kriegsführenden Obrigkeit gestellt. Wir kloren niemand an und wollen keinen Vorwurf erheben; zu gut kennen wir die Widerstandslosigkeit des Einzelnen gegenüber der elementaren Kraft von Massenvorstellungen, die um so leichter alles hinwegschwemmen, als keine Institutionen vorhanden waren, an die man sich hätte klammern können. Für die Zukunft jedoch könnten und sollten wir aus dem Geschehen lernen.

Dazu aber ist es gut, sich an den Zusammenbruch zu erinnern, den die fast reiflose Wabankung der Intelligenz in der ganzen Welt verschuldet hat. Die Denker und Dichter beugten sich knechtisch vor dem Wüthen des Tages und stiegen dadurch zu den Klammern, die Europa an Leib und Seele verbrannten, unumschließlichen, giftigen Haß. Aus den Klammern ihres Wissens und ihrer Phantasie suchten sie all die alten und auch viele neue Gründe zum Haß, Gründe der Geschichte und Gründe einer angeblichen Wissenschaft und Kunst. Mit Fleiß gerührten sie den Zusammenhang und die Liebe unter den Menschen und machten dadurch auch die Welt der Ideen, deren lebendige Verkörperung sie sein sollten — sie selbst ohne es zu wollen —, zu einem Werkzeug der Leidenschaft. Sie haben für selbsttätige politische oder soziale Parteiinteressen gearbeitet, für einen Staat, für ein Vaterland oder für eine Klasse! Und jetzt, da alle Völker, die in diesem Vorabendkampf gekämpft — Sieger sowohl wie Besiegte —, in Armut und tieferer unentrindender Schande ob ihrer Wahnstimmtheit verzweifelt und erniedrigt dastehen, steht scheint mit den Denkern auch der in den Kampf gezerrte Gedanke erschlagen!

Auf! Befreien wir den Geist von diesen unreinen Kompromissen, von diesen niederziehenden Ketten, von dieser heimlichen Anechtenschaft! Der Geist darf Niemandes Diener sein; wir aber müssen dem Geiste dienen und keinen anderen Herrn erkennen wir an. Seine Fadel zu tragen sind wir geboren, um sie wollen wir uns schoren und die irrende Menschheit zu schoren versuchen!

Unsere Aufgabe und unsere Pflicht ist es, das unerschütterliche Bonal aufzuspalzen und in der stürmischen Nacht auf den ewig tabenden Polarstern hinzuweisen. Inmitten dieser Dregie von

Wir würden diesen Brief des Dr. Michaelis, von dem er dem Parlament ebenjowenig Mitteilung machte wie von dem englischen Friedensschritt, als das größte Verbrechen am deutschen Volke bezeichnen, wenn wir absolut sicher wären, ob nicht die Forderung über den Krieg ein paar noch größere Verbrechen der Alldeutschen enthüllen wird. Jedenfalls ist dies ein Fall, der unbedingt vor den zu schaffenden Staatsgerichtshof gehört. Freilich wird man bei der Beurteilung des Dr. Michaelis daran zu denken haben, daß dieser kleine Geist nur ein Werkzeug härterer Kräfte war, ein Werkzeug der alldeutschen Militär- und Zivilclique, die durch ihn den Verständigungsfrieden bereitete und damit das maßlose Unheil des deutschen Volkes vollendet hat. Sie alle sind gerichtet!

## Wie die „Freiheit“ berichtete.

Die ängstlich versteckte Wahrheit.

Die „Freiheit“ ist sehr enttäuscht, weil wir geschrieben haben, sie hätte ihren Lesern die Tatsache verheimlicht, daß die französische Partei den ursprünglich angelegten Generalstreik für den 21. Juli abgesetzt hatte. Sie beruft sich auf ihre Nummer vom Sonntag, den 20. Juli. Was finden wir da?

Auf der ersten Seite an der Spitze des Leitartikels in fettem Druck und auffälliger Aufmachung die Resolution der Delegierten Groß-Britanniens, Frankreichs, Russlands und Italiens auf der Arbeiterkonferenz in Southport vom 1. Juli, die zum Generalstreik am 21. auffordert. Daran anschließend einen Artikel, in dem durchgehend der Anschein erweckt wird, als würde diese Resolution tatsächlich zur Anwendung gelangen. So heißt es z. B.:

„Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß in England, Frankreich, Italien, ja sicerlich auch in den Vereinigten Staaten eine mächtige Welle der proletarischen revolutionären Bewegung eingesetzt hat.“

Kein Wort davon, daß in England und Amerika überhaupt kein Mensch streiken würde, kein Wort davon, daß in Frankreich der Streik soeben abgesetzt worden ist.

Auf der zweiten und dritten Seite der „Freiheit“ — ebenfalls in größter und auffälliger Aufmachung — ist der Aufruf der französischen Confédération générale du travail, die etwa der deutschen Generalkommission der Gewerkschaften entspricht, in Spaltenlänge abgedruckt. Dieser Aufruf fordert zur Demonstration am 21. Juli auf und ändert den Generalstreik für 24 Stunden an. Weder am Beginn noch am Schluß des Aufrufs bemerkt die „Freiheit“ auch nur mit einer Silbe, daß der Aufruf nunmehr gegenstandslos geworden ist.

Zwischen diesen beiden Aufrufen befindet sich eine unauffällige Notiz mit der Ueberschrift „Schwankende Haltung der französischen Gewerkschaften“. Da ist in der Tat in ganz unauffälliger Weise und ohne jede Aufmachung die Abgabe gemeldet. Aber schon die Ueberschrift ist so gewählt, daß der Leser der „Freiheit“ glauben sollte, es handle sich nur um ein Schwanken der französischen Genossen, nicht um einen glatten Umfall, nicht um eine glatte Abgabe.

Da im übrigen das Bild des Blattes beherrscht wurde von den eintags beschriebenen Aufrufen und von Artikeln, die gerade das Gegenteil der unauffälligen Notiz sagten, so konnte nur ganz gekulten Lesern zum Bewußtsein kommen, daß der französische Generalstreik wirklich abgesetzt war. Das Gros der „Freiheit“-Leser mußte glauben und hat tatsächlich geglaubt, daß am 21. Juli nicht nur die Franzosen, sondern sogar die Engländer und vielleicht die Amerikaner streiken würden. Die Tatsache, daß ein Blatt das Gältige ganz unauffällig, in derselben Nummer aber zweimal das nicht mehr Gältige auffällig meldet, bedeutet zweifellos eine ganz grobe journalistische Irreführung.

Aufhebung der Zensur. Das Pressebureau Radio meldet aus Washington, daß die Zensur für Kabelmeldungen aufgehoben worden ist.

## Die Unternehmung der Januarruhen.

Wie Eichhorn ihm unbequeme Leute befreite.

Der Untersuchungsaustrich vernahm Freitag jurist den künftigen Reichspräsidenten, von 1908 bis 1911 Unterleutnant in der Fremdenlegation, dann Beamtenstellvertreter im selbstverwaltenden Generalstab, vom 8. November an Kommandant der Sicherheitswehr, die er im Polizeipräsidium nach seinem eigenen vom Volksbeauftragten Oberst und dem Volksgericht genehmigten Organisationsplan errichtet hatte. Mit Eichhorn ist er in heftigen Konflikt geraten, seitdem dieser Ende November von ihm die allmähliche Entlassung der Sicherheitswehr und die Einstellung politischer vorgebildeter Arbeiter gefordert hatte, welche die Ertrugenschaften der Revolution sichern und die Revolution über die damalige Regierung hinaus vorwärts treiben sollten. Obwohl der Zeuge auf Veranlassung Eichhorns Anfang November der U. S. B. beigetreten war, hat er doch daran festgehalten, daß die Sicherheitswehr politisch unbedingt neutral sein müsse, und sich gegen die Einstellung von lauter Unabhängigen und Kommunisten durch Braun und Laub zur Wehre gesetzt. Auch hat er stets für ein gutes Zusammenwirken mit der Kommandantur gesorgt und ist wegen seiner Zusammenarbeit mit Leutnant Fischer von Eichhorn unter der Beschuldigung der Unterschlagung verhaftet worden. Er hat sich vollständig rechtfertigen können und ist dann von der Sicherheitswehr einstimmig wieder zum Kommandanten gewählt worden. Eichhorn hat ihm dann erneut zugeredet, auf seine Pläne einzugehen und er, wie der Volksbeauftragte Barth haben dem Zeugen versichert, die Besetzung der Arbeiter sei von der Regierung verfügt worden. Schließlich ist der Zeuge, weil er sich dem Treiben Eichhorns widerrichte, erneut verhaftet und drei Wochen ohne Verhör in der Stadtbogtei festgehalten worden, bis es ihm endlich gelang, dem Leutnant Fischer von der Kommandantur davon Mitteilung zu machen. Er wurde dann noch dem Untersuchungsgefängnis überführt, hatte aber vorher noch eine Besprechung mit Eichhorn, den er hauptsächlich darüber zur Rede stellte, daß ihm bei der von Eichhorn angeordneten Hausdurchsuchung Geld, Kleider und Dokumente abhanden gekommen seien. Die Hausdurchsuchung hatte Eugen Grün vorgenommen, ein Bruder des Grün, der einer der Vertrauten Eichhorns war und gegen den wegen schwerer Unregelmäßigkeiten, insbesondere wegen der Unterschlagung der Millionen aus dem Geldtransport am Schießischen Bahnhof Prinz schwer beschriebenes Material gesammelt hatte, das ebenfalls bei der Hausdurchsuchung verschunden ist. Eichhorn sagte dem Zeugen auf seine Vorhaltungen, er hätte besser getan, ihm nicht dauernd im Wege zu stehen und werde jetzt die Folgen tragen, denn er habe die Macht, hat auch das Recht.

Der Zeuge wurde dann wegen eines Zusammenstoßes mit dem Zugführer Hof vom Schwurgericht zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Er ist gegenwärtig in Untersuchungshaft wegen einer angeblich im April 1918 verübten Erpressung.

Es wurde dann erneut der Zeuge Henning vernommen, der weitere wichtige Angaben machte, der Zeuge Ingenieur Theodor Grant, über dessen Aussage der Ausschuß Geheimhaltung beschloß, und der Zeuge Peter Vennarz, der im Dezember, um bei der Sicherheitswehr anzukommen, der unabhängigen Partei beigetreten ist, aber später seiner Uebersetzung gemäß wieder ausgeschieden und zur mehrheitslosigkeitspartei übergegangen ist. Er hat am 24. Dezember eine beruhigende Ansprache Eichhorns im Licht der des Polizeipräsidiums gehört und die Waffenverteilung an die Zivilisten im großen Umfang beobachtet. — Der Ausschuß vertagte sich auf den 12. September, wo der Berichterstatter den ersten Teil des Berichts vorlegen wird. Es sollen nach Präsident Seiner, Wilhelm Dittmann vom Vorstand der U. S. B. und einer Reihe anderer Zeugen gehört werden. Auch soll Eichhorn im September erneut geladen werden.

Die Vorgänge in der Gewerkschaft in Erfurt. Die Gewerkschaft Erfurt ist seit Mittwoch militärisch besetzt, da die Arbeiter der Fabrik den Arbeiterrot sowie den Gauleiter des Metallarbeiterverbandes während seiner Verhandlung mit der Direktion der Fabrik mißhandelt hatten. Durch die Schließung der Fabrik werden sogar fünftausend Arbeiter brotlos. Da die Kommunisten diesen Haß für ihre Zwecke auszunutzen suchen, ist die Landesabteilung Erfurt in Gemeinschaft mit dem Gewerkschaftsrat an die Direktion herangetreten, um doch die Sache möglichst bald beizulegen. Die Direktion hat eine befriedigende Lösung für die nächsten Tage in Aussicht gestellt.

Gedmut und gegenseitiger Verachtung wollen wir nicht wählen noch richten: Frei dienen wir der freien Wahrheit, die in sich grenzenlos auch keine äußeren Grenzen kennt, keine Vorurteile der Völker und keine Sonderrechte einer Klasse.

Gewiß, wir haben Freude an der Menschheit und Liebe zu ihr! Für sie arbeiten wir, aber für sie als Ganzes. (Hier steht im französischen Text noch der Zusatz: „Wir kennen keine einzelnen Völker.“ — Da nun aber das einzelne Volk — vor allem als Kultureinheit — heute noch zweifellos seine Berechtigung hat, und da einzelne der deutschen Unterzeichner an diesem Ausdruck Anstand genommen, lassen wir ihn hier fort. Der Uebersetzer.) Für dieses eine und unteilbare Volk, das leidet und kämpft, fällt und sich wieder erhebt und dabei doch immer vorwärtschreitet auf seinem schweren Wege in Blut und in Schweiß — dieses Volk aller Menschen, die alle, alle unsere Brüder sind.

Rur bewußt werden müssen sich die Menschen dieser Bruderschaft, deshalb sollten wir Wissenden hoch über den blinden Kämpfen die Brücke bauen zum Zeichen eines neuen Bundes, im Namen des einen und doch mannigfaltigen, ewigen und freien Geistes.

Unterschiedet haben diesen Aufruf:

- aus Amerika: Jane Adams;
  - aus Belgien: G. F. Nicolai, J. Masereel, J. Rebnil, G. van de Vesoe;
  - aus Dänemark: Sophus Michaëlis;
  - aus Deutschland: G. v. Arco, A. Einkeil, W. Förster, Leonh. Frank, A. G. Fried, G. v. Gerlach, Prof. A. Grotzahn, Wilh. Herzog, G. Heise, D. Hilbert, Käthe Kollwitz, A. Laßlo, Max Lehmann, Heinz Rann, A. Roßfi, Paul Rastorp, G. F. Nicolai, Richard Schön, G. Raafche, Helene Stöder, Fr. v. Haruh, G. Welsberg, F. Wersel, Steph. Zweig;
  - aus England: A. J. Brouwer, J. C. Kapteyn, Macdonald, Bertrand Russell, J. Sangwill;
  - aus Frankreich: R. Arocs, G. Barbusse, J. Bazalgette, A. R. Bloch, A. de Chateaubriand, Dr. G. Burnet, G. Chennediere, A. Doven, G. Duhamel, G. Dupin, P. J. Joube, R. Martinet, E. Masson, R. Morcard, A. Brenant, Romain Rolland, Jules Romain, Dan Ryner, R. Signar, G. Thielson, Ch. Vidrac, L. Verth;
  - aus Holland: Frederic von Eeden;
  - aus Italien: Roberto Bracco, Benedetto Croce;
  - aus Rußland: B. Birjulow, R. Kubakine;
  - aus Schweden: Werner von Heidenstamm, Ellen Ach, Selma Lagerlöf, Carl Lindhagen;
  - aus der Schweiz: E. Bloch, August Forel, Prof. Rogoz;
  - aus Spanien: J. Lopez Vica, Eugenio d'Ors;
  - aus der Ukraine: Jos. Chapiro.
- Zustimmungserschließungen sind an Prof. G. F. Nicolai, Berlin, Ullrichstr. 145, zu senden.

## Deutschösterreichisches vor fünfzig Jahren.

Die „Wiener Arbeiterzeitung“ erinnert daran, daß am 26. Juli 1860 Wilhelm Liebknecht in Wien vor Tausenden

Wiener Arbeiter in einer Vormittagsversammlung sprach. Er stand damals ganz im Sinn revolutionärer Erwartungen, sprach über den Krieg von 1866, dem bald eine neue men'schenwürdige, Tabulände gegen den heiligen Geist der modernen Zivilisation folgen sollte, und warb für den nahenden Eisenacher Kongreß, dem die Gründung der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei zufiel. In jener Rede sagte Liebknecht:

„Die Arbeiter Oesterreichs gehören zum deutschen Arbeiterverband. Die jetzige Ausschließung Oesterreichs aus Deutschland ist nur eine provisorische, vorübergehende. Oesterreich muß wieder zu Deutschland zurückkehren, aber nicht zu einem Deutschland Bismarcks, sondern zu einem freien, auf demokratischer Grundlage geeinten.“

Diese Sätze Liebknechts sind heute wieder tagwichtig. Die Ausschließung war allerdings keine nur provisorische, sie wurde eine langdauernde geschichtliche Tatsache. Aber das war nicht der Wille des Proletariats, sondern der des Proletariat im Stich lassenden Bourgeoisie diesseits und jenseits von Wodensbad. Diese Epoche ist jetzt zu Ende. Heute, so schreibt die „Wiener Arbeiterzeitung“, erhebt das Proletariat Deutschösterreich die Forderung nach dem Anschluß an Deutschland, dem demokratischen, abermals und Liebknechts Prophetenwort: „Oesterreich muß wieder zu Deutschland!“ mag nach einem halben Jahrhundert wahr werden.

## Notizen.

Das Parteiarchiv hat durch die Mitarbeit dieser Genossen in letzter Zeit die Bestände seiner Revolutions-Sammlung wesentlich vermehren können. Leider fehlen ihm immer noch manche wichtige Stücke. So vor allem aus der „Vorwärts“-Besetzung im Januar, „Gymnastern des Vorwärts“, Nummern des „revolutionären Vorwärts“, Nummern der „Freiheit“ aus dieser Zeit, der „Noten Röhne“, des „Noten Soldaten“ in den Nummern vom 15. ab. Auch das Flugblattmaterial aller sozialistischen Parteien bedarf der Vervollständigung noch. Die illustrierten Spartakus-Blätter und Raueranschlüsse z. B. würde das Archiv gern erhalten. Von auswärts wird besonders erwünscht: Materialien aus der Zeit der Münchener Räterepublik, der ungarischen Räterepublik und besonders Soldatenrats-Zeitungen und Raueranschlüsse aus dem besetzten Gebiet. Es ist sehr langem ein guter Parteibrauch, die Sammlungen des Archivs, Lindenstr. 8, II. Hof 4 Z., vervollständigen zu helfen; hoffentlich folgt darin die neue Generation der Parteigenossen gern dem älteren Vorbilde.

Vorträge. In der Urania wird in kommender Woche am Donnerstag und Sonntag abend der neue Dichterkongreß „Das Oberengadin und der Erlügen“ vorgeführt.

Die Entdeckung des Zaphuserrgers sollte nach einer jüngst ergangenen Meldung einem Wollauer Arzt gelacht sein. In dieser Form kann jene Nachricht nicht stimmen. Dieleiheit handelt es sich dabei um Fledhüher („Fledhüher“). Die Zaphuserrger sind bereits 1882 durch Oberst gefunden worden und werden nach ihm und Goffin, dem eben verstorbenen Nachfolger von Koch, benannt. In der Wollauer Meldung war gesagt, der betreffende Arzt habe die Parasiten in Gefäßgefäßen gefunden, die Erhebungen seien aber noch nicht abgeschlossen.

# Nationalversammlung zu Weimar

(Schluß aus der ersten Beilage.)

Reichsfinanzminister Erzberger:

Ist das alles? Das ist die einzige Frage, die ich an den Vorredner zu richten habe. (Hörst du?) Sowie Anlagen in Berlin und hier und so (schwach begründet, wie in einer beliebigen Agitationssprache.) (Sehr richtig!) Wir nehmen den Kampf auf und wollen ihn gegen die Partei des Vorredners mit aller Entschiedenheit und Rücksichtslosigkeit führen im Interesse des deutschen Volkes. (Lebhafte Beifall links und im Zentrum.) Die Wiederkehr der deutschnationalen Elemente würde den politischen Ruin des deutschen Vaterlandes für alle Zukunft bedeuten. Das Deutsche Reich

ist eine Republik und wird eine Republik bleiben.

troß Graefe und allen anderen. Wer wie Herr Graefe im Glockenhaus sitzt, darf die Regierung nicht als Illusionisten bezeichnen. Wer hat denn vier Jahre lang ununterbrochen das deutsche Volk

von einer Illusion in die andere

gestürzt. Der Krieg gegen Frankreich sollte in drei Monaten zu Ende sein und dann England niedergeworfen werden. Alle drei Monate hieß es, Frankreich liege vor dem Zusammenbruch. Herr v. Tirpitz erklärte, England werde ausgehungert werden, jedes englische Schiff werde torpediert und die Zukunft abgeschritten werden. Dabei hatte damals Deutschland nicht ein einziges U-Boot, das um England herumfahren konnte. Stinchewitz sollte kein Feldherr sein. Die Amerika bereits sei, sollte der Krieg beendet sein. Die Flotte sollte Deutschland nicht schädigen, Deutschland sich selbst ernähren können. Jetzt macht man die große Rechnung auf, wie die Bilanz unsere Gesundheit geschädigt hat. Ferner verbreitete man die Illusion, kein Amerikaner könne herüberkommen, das amerikanische Militär sei Null, die Amerikaner würden willkommene Beute für unsere U-Boote sein. Amerika läme gerade im rechten Augenblick, um am Ende des Krieges die ganzen Kriegskosten zu bezahlen. Deutschland hatte vier Jahre lang überhaupt keine politische Regierung, sondern

eine militärische Diktatur.

Es war das Unglück des deutschen Volkes, daß es kein Militär herrschen und die politische Verantwortung nicht zum Worte kommen ließ. Sobald die Politik sich vorwagte, drang das Militär gegen die schwache Regierung vor. Mehr als einmal waren Friedensmöglichkeiten vorhanden. Jetzt haben wir nicht mehr zu sämigen. (Zwischenruf des Abg. Koeslitz.) Herr Koeslitz behauptet, ich hätte Friedensmöglichkeiten in Deutschland gerührt. Das ist eine Unverschämtheit.

Mindestens zweimal konnte ein ehrenvoller Frieden zustande kommen.

(Hört, hört!) Die Rechte mit dem Militär zusammen hat dies beide Male verhindert. (Große Bewegung.) Das belgische Problem war das größte Hindernis. Wir erhoben Protest gegen den Abtransport der belgischen Männer und Frauen. Die Zusage, daß er aufhören sollte, wurde nicht gehalten. Man schickte die Leute in die Schützengräben. Man bestreitet, daß unter der Führung des Staatssekretärs Helfferich die Schwerindustrie Aspirationen auf Belgien organisierte. Man bezeichnete es als gemeine Lüge. Der Minister verliest einen amtlichen Bericht, wonach

Schwerindustrie unter Führung von Friedrich Krupp,

der Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft, des „Phönix“, des Geheimrats Eugenberg, des Bürgermeisters Marx u. a. große Werke in Belgien zugunsten der großkapitalistischen Interessen Deutschlands erwerben wollten. Ludendorff und Helfferich seien der Ansicht gewesen, daß man das deutsche Volk vor vollendete Tatsachen stellen müsse. Die Aktien sind in belgische Hände geraten. Das war die geheime Politik hinter dem Rücken des deutschen Volkes!

Wilson mußte 1916 mit aller Energie den Frieden herbeiführen. Man frage nur den Grafen Bernstorff. Warum wurde Graf Bernstorff nach seiner Rückkehr aus Washington wechsellang nicht zum Vortrag an der höchsten Stelle ausgelassen? (Hört, hört!) Das Friedenswerk Wilsons wurde

sabotiert durch die Erklärung des U-Boot-Krieges.

Im demokratischen Deutschland hat Graf Bernstorff eine Darstellung seiner Vermittlungsaktion gegeben und festgestellt, daß sie durch die U-Boot-Erklärung durchkreuzt und damit der Krieg für uns verloren war. Das läßt sich nicht bestreiten, daß die Oberste Exekutive in Berlin den militärischen Machtverhältnissen nicht das richtige Augenmaß gehabt hat zur Wahrnehmung eines günstigen Moments zum Friedensschluß. (Andererseits Unterbrechungen rechts.) Der Abg. Graefe hat sich mit einer Darstellung des Grafen Wedel beschäftigt in den „Hamburger Nachrichten“. In seinem Artikel beklagt Graf Wedel zweierlei: die Notwendigkeit eines Friedensschlusses im Jahre 1917 und die Möglichkeit dazu. Das sind die größten politischen Tatsachen, die der Artikel des Grafen Wedel enthält. (Lebhafte Zustimmung links und in der Mitte.) Bis zur Stunde ist aber von Ihnen (zu den Deutschnationalen) die Möglichkeit eines Friedensschlusses immer bestritten worden. Bezüglich der Qualitäten des Grafen Wedel weise ich darauf hin, daß er noch am 23. September 1918 ein Verzichtstelegramm über den Zusammenbruch Bulgariens an die Reichsregierung gebracht hat. Gegenüber dem Grafen Wedel halte ich aufrecht, daß ich im amtlichen Auftrag in Wien gewesen bin. Der Minister verliest die Schlusssätze des

Immediatberichts des Grafen Czernin;

darin heißt es u. a., daß Oesterreich am Ende seiner Kraft ist und Deutschland über den Spätsommer. (Der Bericht trägt das Datum des 12. April 1917!) hinaus nicht mehr auf Oesterreich würde rechnen können. Die deutschen Staatsmänner haben mir seinen Zweifel darüber gelassen, daß auch für Deutschland eine weitere Winterkampagne ein Ding der Unmöglichkeit sei. Dieser Bericht ist mir seinerzeit frei zu meiner Verfügung gestellt mit der einzigen Bedingung, über seine Herkunft zu schweigen. Ich fühle mich zur Discretion verpflichtet und werde den Namen des Ueberbringers nicht nennen. (Lebhafte Bewegung.) Nun set der Abg. Graefe etwas zu sagen, ich sei von Oesterreich bedrungen worden. (Stürmischer Widerspruch rechts, große Unruhe.)

Präsident Heubach: Das hat der Abg. Graefe nicht gesagt. Minister Erzberger (fortfahrend): Ich frage den Abg. Graefe, hat er mit seinen Andeutungen zum Ausdruck bringen wollen, daß ich von Oesterreich bedrungen worden sei oder im österreichischen Solde stehe? Ich erkläre im voraus: Wer es wagen sollte, diesen Satz sich zu eigen zu machen, den erkläre ich für einen gemeinen Lügner und Ehrabschneider. (Beifall.) Graf Wedel behauptet, daß eine rheinische Zeitung darüber berichtet habe. Er war aber so (schwach), den Namen nicht zu nennen. Es ist nämlich die Rheinisch-Westfälische Zeitung. (Hörst du?) Und selbst wenn, was Graf Wedel andeutet, die Entente Kenntnis von dem Bericht erhalten haben sollte, von ihrer Vereinstätigkeit, im Jahre 1917 mit Ihnen Frieden zu schließen, hat sie sich dadurch nicht abbringen lassen. Graf Wedel behauptet ferner, Czernin habe mich veranlaßt, nach Wien zu kommen, um mich zu veranlassen. Das ist unwahr!

Und nun zur Friedensaktion selbst, die damals, es tut mir leid, das öffentlich feststellen zu müssen, durch unser Volk und die damalige Regierung vorbereitet worden ist! (Hört, hört!) Und zwar unter hervorragender Mitwirkung der Herren Konfessionen. Am April 1917, als dieser Immediatbericht auch schon weiteren Kreisen bekannt geworden war, haben wir im Auswärtigen Amt eine Weisung gegeben, an der auch die Herren Schiffer und

Graf Betharp teilnahmen. Da sagte der Führer der Konfessionen, Graf Betharp: Das wäre ganz gleichgültig. Wenn Oesterreich einen Separatfrieden einginge, dann hätten wir es leichter und künftigen allem weiter. (Hört, hört!) und große Bewegung.) Ich will nicht darauf eingehen, welche Antwort von Deutschland nach Wien gegeben worden ist. Es wird die Zeit kommen, wo auch das veröffentlicht werden wird, denn das deutsche Volk soll die reifliche Wahrheit erfahren. Ich habe dann auch wiederholt mit dem Reichskanzler Bethmann Hollweg über diese Aktion gesprochen und habe darauf hingewiesen, daß wir von unseren hochgebornen Kriegsgelassen zurückgehen müßten auf die Formel vom 4. August, die das ganze Volk genehmigt hat. Ich habe vor allem darauf hingewiesen, wie alle Berechnungen über den U-Boot-Krieg völlig falsch seien. Ich habe am 4. Juli das erste Mal darüber gesprochen und am 6. Juli bin ich direkt auf das Ziel losgegangen. (Redner verliest einzelne Stellen aus der Rede.) Am 8. Juli hat dann auch der Führer der Nationalliberalen, Stresemann, die Lage in derselben Weise geschildert. Der konservative Graf Betharp hat damals auf die Frage Stresemanns, ob er mit einem Frieden quo ante zufrieden sei, glatt geantwortet: Nein! (Hört, hört!) Die damalige Regierung, die durch das unglückliche Wort: Wie ich sie befehle, in ihrer Geduldstunde erschrocken wurde, hat

ein Verbrechen an deutschen Volke

begangen. (Lebhafte Beifall.) Am 1. August hielt der Reichskanzler seine Rede mit dem Grundgedanken, daß alle Friedensangebote ausfichtlos seien. Er weigerte sich, eine klare Erklärung über die Neutralität Belgiens abzugeben. Am 30. August aber erhielt der Reichskanzler durch den Runtius ein Schreiben, in dem

ein Angebot Englands

vorlag, dem die französische Regierung sich angeschlossen habe, die kaiserliche Regierung möge sich über die Unabhängigkeit Belgiens erklären und Garantien für die politische, wirtschaftliche und militärische Unabhängigkeit des Landes geben. Eine verständliche Antwort werde den guten Horizont der Friedensunterhandlungen erleichtern. (Langanhaltendes Hört, hört! links, große Bewegung.) Wir haben hier den amtlichen Schritt einer neutralen Macht, die in der Lage war, zu beurteilen, wenn ein Friedensschritt Aussicht auf Erfolg hatte, hervorgegangen nicht aus eigener Initiative, sondern um einen ausdrücklichen Verzicht der englischen Regierung mit ausdrücklicher Ermächtigung der französischen. Das war 1917 eine wohlbegründete, wohlüberlegte Friedensaktion von einer neutralen Macht, die wie wenige berufen war, die Ideen der Völkerverständigung einzusetzen und es wurde verlangt lediglich eine präzise Erklärung über Belgien. Die Erlaubnis, den Inhalt der englischen Note zu veröffentlichen, ist vom Vopste eingeholt, aber noch nicht eingetroffen.

Was aber geschieht in Berlin? Man sollte es nicht für möglich halten:

Vier Wochen gibt man den Ministern keine Antwort.

(Stürmisches Hört, hört! links und im Zentrum.) Ich muß aber noch einen Schritt weitergehen. In einem Schreiben vom 21. 9. wird abgelehnt, eine Erklärung abzugeben.

(Stürmisches Hört, hört! Große Unruhe, die sich zum Lärm steigert.) Im heutigen Stadium, heißt es in der Antwort, sei die Regierung nicht in der Lage, die Erklärung über Belgien und die gemündeten Bürgschaften auszusprechen, weil die Verbindungen für Abgabe einer solchen Erklärung noch nicht genügend geklärt seien. (Hört, hört!) Also, ein amtlicher diplomatischer Bericht für ein Volk, das in höchster Not liegt, wird vier Wochen nicht beantwortet, dann erklärt man ihn nicht für genügend. (Hört, hört! Große Bewegung.) Damit war der von England über den Heiligen Stuhl eingeleitete Versuch erledigt. Das ist das Tragische, das Entsetzliche. Man kämpft für den Frieden und dann kommt es so. (Bewegung.) Da kann man nicht schweigen! (Zuruf: Das ist das Werk der Vaterlandspartei!) So war es 1917. Wir müssen dem deutschen Volke sagen, wie es

zwei Jahre gewissenlos irreführt ist.

ist. Hätte es diese Dinge besser gewußt, hätte es den Frieden einfach erzwungen. (Sehr richtig!) Und wie stand es im Juli 1917? Wir wollten nach außen den Frieden und nach innen die Freiheit. — Und was war Ihre Parole? Keinen Frieden und keine Freiheit! In dem Augenblick, wo die Friedensaktion auf dem Höhepunkt stand, wurde die Vaterlandspartei gegründet, zu dem Zweck, die Friedensresolution totzuschlagen. Ende September war die vom christlichen Willen des Deutschen Reichstages getragene Friedenspolitik des verhandlungen Ausgleichs durch die Auktion erledigt. Deutschland ist mit offenen Augen in den Tod hingingerant. Im September bildeten die Ministern ihren Obersten Kriegsrat. Und was war die Folge hiervon? Die Ablehnung der von England verursachten Friedensvermittlung. (Stürmische Bewegung.) Die Wahrheit über alles! Jeder Versuch, diese Zeiten zur Vernunft zu bringen, wurde mit militärischen Mitteln niedergeschlagen.

Die Antwort war, man möge sich ein Weiches worten, und dann kam Ende September der reifliche militärische Zusammenbruch. Eine Devisen nach der andern jagte nach Berlin. Die Regierung des Reiches hat nur den Korbler gemacht, Ludendorff nicht hinzuschicken, um den Waffenstillstand abzuschließen. (Sehr richtig!) Der Zusammenbruch ist auch erfolgt durch die Unerschrockenheit im Meer. (Zum Abg. Graefe.) Ludendorff wollte demissionieren, wenn auch andere Heerführer zur Beurlaubung zugelassen würden. Borna an der Front sagte mir ein General, von seinen zwei Divisionen habe die eine noch 437, die andere 41 Mann. (Hört, hört! — Große Bewegung.) Der Zusammenbruch Deutschlands ist nicht durch die Revolution, sondern durch diese konstante Täuschung des Militärs bedingt worden! Die Schuld der Regierung und der Wehrheitsparteien hat ein Ende. (Auf bei den Sos.: Staatsgerichtshof!) Kommt gleich nachher.

Ich werde die Frage auf, ob denn am 22. Juni überhaupt noch die Möglichkeit einer anderen Stellungnahme als die U-Boot-Erklärung vorhanden hat. Der Abg. v. Graefe hat die Behauptung aufgestellt, die Deutschnationalen Volkspartei sei zu einem Eintritt in ein Ablehnungskabinett bereit gewesen. Als Graf Pofadowski in Erwägung ziehen wollte, ob seine Partei sich an der Regierung beteiligen würde, war es mittags 1 Uhr. Abends 7 Uhr sollten aber die ersten Kanonenschüsse fallen. (Lebhafte Bewegung!) Abg. Graefe spricht, wir hätten uns an die Futterrippe setzen wollen, das wird von dem Volke dem Vertreter einer Partei nicht vergessen werden dürfen, die selbst Jahrzehntelange an der Futterrippe gelassen hat. (Große Unruhe bei den Deutschnationalen.)

Wir leiden unter der Niederlage ebenso schmerzhaft wie Sie (nach rechts). Aber eins (scheidet uns von Ihnen: Wir brühen uns damit nicht, wir stellen und nicht so hin, als ob wir allein ein Herz für die Not und Schmach unseres Vaterlandes hätten. (Beifall.) Wir haben den Gewaltfrieden annehmen müssen, weil kein anderer Ausweg blieb. Wir haben die Verantwortung übernehmen müssen für das,

was Sie verdröhen haben.

(Sehr richtig! und Lebhafte Zustimmung.) Der Friedensvertrag ist die Schlussrechnung eines Krieges! Wer den Krieg verliert, verliert den Frieden. Wer hat aber den Krieg verloren? Diejenigen, die sich in unvernünftigen, verbrochenem Eigeninn der Möglichkeit eines ehrenhaften Friedens entgegenstellten. (Stürmischer Beifall und Zustimmung.) Die moralische Verantwortung dafür, daß schließlich kein anderer Friede mehr möglich war, haben diejenigen zu tragen, die den Kampf gegen die Friedensresolution des Reichstages geführt haben. Und wenn Sie hunderte Male durch Ihr lautes Rein ihre Hände in Unschuld waschen wollen — Sie werden die Schuld nicht los, weder vor uns, noch vor der Geschichte,

nach der Ihrem eigenen Gewissen. (Stürmischer Beifall, der sich auf den Tribünen fortsetzt.)

Hierauf wird die Weiterberatung vertagt. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Schluß 3 1/2 Uhr. Nächste Sitzung morgen 10 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Debatte.

## Der rote Vollzugsrat!

Die S. P. D.-Fraktion der Vollzugsräte überfenbet und folgende Zuschrift:

Sie nennen sich stolz der „Rote Vollzugsrat“. Der Kampf entzündet aufs neue, die Debe hat begonnen. Ueberall sollen die Funktionäre, welche auf dem Boden der alten sozialdemokratischen Partei stehen, abgewürgt werden. Was wird danach gefragt, ob es sich um Kämpfer handelt, welche jahreschneidung vor der Revolution ihren Mann gehalten. Die alte Massenparole „der Jude wird verbrannt“ beherrscht das Feld. Darum noch einmal, wer ist schuld an der Spaltung des Vollzugsrats?

Angeklagt hat die Regierung seit Wochen daraufhin gearbeitet, dem Vollzugsrat das Lebenslicht auszublauen. Die Regierung stellte dem Vollzugsrat im Tiergarten ein großes, repräsentatives Gebäude zur Verfügung. Er konnte sich daselbst nach eigenem Geschmack auf Kosten der Steuerzahler einrichten. Wer in das belnahe fürklich eingerichtete Arbeitszimmer Richard Müllers eintritt, wird sich überzeugen können, daß er Behaglichkeit mit gutem, allerdings auch sehr teuerem Geschmack zu verbinden versteht. Mit der Entschädigung, 260 M. pro Woche, konnten die Vollzugsräte zufrieden sein. Außerdem müssen die erheblich hohen Nebeneinkommen einzelner Räte als Mitarbeiter von Zeitungen und Zeitschriften in Betracht gezogen werden. Des weitern muß der sonderbare Kommunismus, gleichzeitig doppelte Gehälter, als Gewerkschaftsangehörige und Vollzugsräte, zu bezeichnen, erwähnt werden. Es sind dies allerdings moderne Arbeiterführer und nicht aus dem Holz sogenannter „Gewerkschaftslogen“ geschnitten.

Unter diesen Verhältnissen hätte der Vollzugsrat für die von ihm geforderten weitgehenden, im Wirtschaftsleben tiefeingreifenden Rechte keine Reifprüfung ablegen können.

Das hat er nicht gemollt und hätte es auch beim besten Willen nicht gekonnt. Denn diese sogenannte Vertretung von mehr als einer Million Arbeiter und Angestellten war in Wirklichkeit nichts anderes als eine Filiale des Deutschen Metallarbeiterverbandes, und die dort schon während und vor dem Kriege vielfach mit den schmutzigsten Mitteln geführten Kämpfe drückten der sogenannten positiven Arbeit von vornherein ihren Stempel auf.

Wo waren die Vertreter der Holz- und Bauarbeiter oder anderer großer Gruppen? Wo war eine Vertreterin der Arbeiterinnen? Die fehlte in revolutionären aller revolutionären Erzeugnissen überhaupt. Die beiden Gewerkschaftler, Handlungsgelhilfe und Bankbeamte, können nur als Konzeptionschulgen, der Stimmung bisher zumeist unorganisiertem Reich Rechnung tragend, bezeichnet werden. Wo sind die Arbeiter, aus welchen auch nur der geringste Versuch, positive aufbauende Arbeit in sozialistischem Sinne zu leisten, hervorging? Und die ganze positive Arbeit, welche wir jahrelang haben sollten, woraus bestand dieselbe? Aus ein bischen Vermittlungstätigkeit bei Schlichtungsausschüssen und beim Demobilisierungskommissar. Kein Gedanke an eigenschöpferische Ideen oder Vorschläge auf dem Gebiet des wirtschaftlichen Wiederaufbaus.

Damit wollen wir nicht sagen, daß die Vollzugsräte keine Arbeit geleistet hätten.

Sie saßen in Berlin von einer Versammlung zur anderen und vielleicht behaupten die Unabhängigen, etwas anderes als Parteipolitik getrieben zu haben. Sie reisten wochenlang in den Provinzen herum und trieben dort daselbst Unwesen.

Die Tätigkeit des Berliner Vollzugsrats war bis jetzt eine rein politische. Die geringfügige nichtpolitische Tätigkeit kann nur als Gefälligkeit ihren Parteifreunden gegenüber, hauptsächlich in der Metallindustrie, bezeichnet werden. Und nun die Zugeständnisse dem Konvent bis jetzt einer aufreißenden Tätigkeit unterworfen gewesen. Nicht zuletzt befinden sich darunter Freunde der S. P. D.-Fraktion. Auf der anderen Seite muß aber festgestellt werden, daß eine Anzahl Angestellter überhaupt oder wenigstens so gut wie gar nicht für den Vollzugsrat produktiv tätig gewesen sind. Das Geheimnis über die Zeit ihrer Tätigkeit wurde höchstens durch das ominöse Gespräch mit Hamburg aufgedeckt. Des weitern muß festgestellt werden, daß gerade diese Angestellten Sonntags und Feiertags ausnahmslos Stunden gefahren haben, um sich dadurch die hohen Tagelöhner zu sichern. Stundenschieber wurden von der alten Massenbewegten Arbeiterkraft zu den widerlichsten Elementen gerechnet. Ausgerechnet von Angestellten des Berliner Vollzugsrates unter Führung eines Genossen Blumenthal, Mitglied der jetzigen revolutionären engeren Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, konnte sich ein derartig widersätzliches Schieberystem breitmachen. Und das alles unter dem Schutze von Richard Müller und Genossen. Wenn die interne Kommission zu bezüglichen Fragen Stellung nehmen wollte, sollte sie regelmäßig das Mitglied der S. P. D.-Fraktion. Und wenn dann einmal eine Angestellte, für welche eine Beschäftigung überhaupt nicht zu erdichten war, auf Beschluß der Kommission entlassen werden sollte, so legten dann die Metzger und Müller ihr veto ein, und die Angestellte mußte, wenn nicht auch weiterbeschäftigt, aber weiterbezahlt werden. Parteigenossen, das ist die „praktische, positive Tätigkeit“ des bisherigen Vollzugsrates!

Wir wollen dem Sozialismus freie Bahn brechen helfen; daß wir das nicht seit gestern und vorgestern wollen, das bezeugen die Jahrzehnte, welche wir im Kampf gegen Militarismus und Kapitalismus gestanden. Als alle Sozialdemokraten können wir ein Zusammenarbeiten mit denen, welche längst keine Sozialdemokraten mehr sind, vor unserem Gewissen nicht länger mehr verankert werden. Und wenn die Schär der Aufrocken auch klein geworden, selbstest vertrauen wir der geschichtlichen Entwicklung des Sozialismus, des Sozialismus, der von Marx und Engels wissenschaftlich begründet, dessen Vorkämpfer ein Revolutionär hindurch im Klassenkampf der alte Wedel gewesen ist. In dieser Ueberzeugung lassen wir uns nicht beeinflussen, in einer Zeit, wo die Klassen von politischen Hochkapitern irreführt, wir mit den erbärmlichsten, schmutzigsten Mitteln bekämpft, als Verdräter und heimtückische Geiseln bekämpft und verleugnet werden.

Deßhalb, Parteigenossen, Kollegen und Kolleginnen, heißt aus in diesem Kampfe, welcher uns in den nächsten Wochen und Monaten bevorsteht. Das Urteil späterer Zeiten wird Euch für alle Unbill und Bergernisse dieser, von einem wüsten Demagogentum verführten Zeit reichlich entschädigen.



Die Dokumente des Verbrechens.

Der Reichsfinanzminister Erzberger hat am Freitagmorgen in der Nationalversammlung zum Gegenstande gegen seine und in diesem Falle auch unsere politischen Gegner ausgehört. Die Alldeutschen mit ihrem Anhang haben den verhassten Träger der Steuervorlagen zur Strecke bringen wollen. Darüber hinaus wollten sie mit ihrem erbitterten Kampf in Presse und Parlament das ganze gegenwärtige Regime, die Republik und die Regierungsparteien diskreditieren.

In seinem Gegenhieb stützt sich Erzberger in der Hauptsache auf zwei Dokumente, einen Brief des damaligen päpstlichen Nuntius in München, der den ersten ernsthaften Friedensschritt Englands und Frankreichs darstellt, und die ablehnende Antwort des damaligen deutschen Reichsfinanzministers Michaelis.

Diese Dokumente werden in einer Broschüre mitgeteilt, die unter dem Titel: „Warum mußten wir nach Versailles“ im Verlage von Reimar Hobbing in Berlin erschienen und von Oskar Müller verfaßt ist. In dieser Broschüre wird eine klare und lehrreiche Darstellung der Lage des Sommers 1917 geboten. Die Dokumente sind als Anlage beigelegt. Wir lassen den Wortlaut dieser Aktenstücke folgen:

Schreiben des päpstlichen Nuntius.

München, den 30. August 1917.

Curie Erzcellenz!

Ich habe die hohe Ehre, anliegend Euerer Erzcellenz die Abschrift eines Telegramms zu übermitteln, das von Seiner Erzcellenz dem Herrn Gesandten Seiner Majestät des Königs von England bei dem Heiligen Stuhle Seiner Eminenz dem Herrn Kardinalstaatssekretär übergeben wurde; die französische Regierung schließt sich dem im gleichen Telegramm ausgeführten Darlegungen an.

Seine Eminenz ist voll des Verlangens, jene Bemühungen für baldige Erreichung eines gerechten und dauerhaften Friedens wirksam fortzusetzen, welchen unangenehm die Kaiserliche Regierung so entgegenkommende Bereitwilligkeit an den Tag gelegt hat. Darum hat mich Seine Eminenz beauftragt, die Aufmerksamkeit Eurer Erzcellenz in besonderer Weise auf den Punkt hinzuweisen, welcher sich auf Belgien bezieht und zu erreichen: 1. eine bestimmte Erklärung über die Absichten der Kaiserlichen Regierung bezüglich der vollen Unabhängigkeit Belgiens und der Entschädigung für den in Belgien durch den Krieg verursachten Schaden; 2. eine gleichfalls bestimmte Angabe der Garantien für politische, ökonomische und militärische Unabhängigkeit, welche Deutschland verlangt. Sei diese Erklärung befriedigend, so meint Seine Eminenz, daß ein bedeutender Schritt zu weiterer Entwicklung der Verhandlungen gemacht würde. Tatsächlich hat der erwähnte Gesandte von Großbritannien seine königliche Regierung bereits verständigt, daß der Heilige Stuhl auf die im angegebenen Telegramm enthaltenen Mitteilungen antworten wird, sobald er seinerseits durch meine Vermittlung die Antwort der Kaiserlichen Regierung erhalten haben wird.

Weinerseits möge es mir gestattet sein, der festen Überzeugung Ausdruck zu geben, daß Euerer Erzcellenz, bei deren Eintritt in die allerhöchste Stelle unter wohlwünschtem Zusammentreffen der hochgeschätzten päpstliche Vorstöße erschienen ist und welche so günstige Einflüsse in bezug auf dieses Friedenswerk gezeigt hat, sich unsterbliche Verdienste erwerben wird, um das Vaterland und um die ganze Menschheit, wenn mit einer verständlichen Antwort der gute Fortgang der Friedensunterhandlungen erleichtert wird.

In solcher Erwartung ist es mir sehr angenehm, der Gefinnung höchster Wertschätzung Ausdruck zu geben und habe ich die Ehre zu verharren als

Euerer Erzcellenz ergebenster

gez. Eugen Pacelli, Erzbischof von Sorbi Apostolischer Nuntius.

Auf dieses ernste Friedensangebot folgte drei volle Wochen später diese ablehnende Antwort:

Die deutsche Antwort.

Berlin, den 24. September 1917.

Euerer Erzcellenz

geneigtes Schreiben vom 30. v. M. habe ich zu erhalten die Ehre gehabt und bitte den Ausdruck meines aufrichtigen Dankes für die gütige Uebersendung der interessanten Mitteilungen entgegenzunehmen.

Wie ich aus dem Schreiben Eurer Erzcellenz ernehme, will der Herr Kardinalstaatssekretär seine Bemühungen für baldige Herstellung eines gerechten und dauerhaften Friedens wirksam fortsetzen; ich nehme hiervon mit lebhafter Genugtuung Kenntnis, da die Wünsche der Kaiserlichen Regierung mit diesen Bestrebungen Seiner Eminenz vollkommen übereinstimmen.

Euerer Erzcellenz wollen mir gestatten, zu der mir gütigst übermittelten Abschrift eines Telegramms der königlich großbritannischen Regierung an ihren Gesandten bei dem Heiligen Stuhle nachstehendes zu bemerken:

Die Kaiserliche Regierung schließt sich der Auffassung an, daß eine genaue Präzisierung der Kriegsziele denjenigen Weg bildet, auf dem sich unter Umständen eine Einigung unter den kriegführenden Parteien wird erzielen lassen. Dem gerade eine solche Präzisierung der gegenseitigen Bedingungen wird es ermöglichen zu übersehen, ob durch eine Prüfung im Geiste eines verständigen Entgegenkommens vorhandene Gegensätze beseitigt werden können. Für die Behandlung der zu untersuchenden Punkte wird ohne Zweifel eine gewisse Ordnung und Reihenfolge festzusetzen sein; hierbei werden auch nach unserer Ansicht die auf Belgien bezüglichen Fragen in erster Linie Beachtung zu finden haben.

Alle Einigungsversuche müssen aber — und hierauf möchte ich vor Eintritt in Einzelheiten besonders hinweisen — von vornherein zur Unfruchtbarkeit verurteilt sein, wenn nicht bei dem Austausch der Meinungen derjenige Geist von Objektivität und Achtung vor dem Standpunkt des Gegners hervorwaltet, für den gerade Seine Heiligkeit der Papst während der ganzen Dauer dieses furchtbaren Krieges den Völkern ein so leuchtendes Vorbild gegeben hat.

Bei unseren Gegnern ist im allgemeinen die Tendenz hervorgetreten, den Mittelmächten die alleinige Schuld an dem Ueberschreiten und von ihnen in einem Tone zu reden, als habe ein Angeklagter vor dem Tribunal strenger Richter zu

erscheinen. Wir haben mit aufrichtigem Bedauern wahrgenommen, daß auch in dem von Eurer Erzcellenz mir überreichten Telegramme der königlich großbritannischen Regierung Auffassungen anklingen, die den eben geschilderten entsprechen. Und doch sind noch den uns zugegangenen Berichten manchmal auch in den Äußerungen leitender englischer Staatsmänner objektiver Auffassungen zutage getreten, die von uns angenommen werden könnten und dem Urteile entsprechen dürften, das die Geschichte dereinst über die Entstehungsursache dieses gewaltigen Kampfes als Wahrheit feststellen wird.

Rur ein solcher Geist der ruhigen Beurteilung und der Bescheidenheit kann eine für einen erfolgreichen Gedankenaustausch günstige Atmosphäre schaffen. Es würde mit dem berechtigten Stolz des deutschen Volkes vollkommen unträglich sein, auf dem Boden anderer Anschauungen oder Gefühle sich mit seinen heutigen Gegnern zu einer Diskussion über die Möglichkeit und die Bedingungen eines Friedens zu begenügen.

Ich habe mir erlaubt, diesen Gesichtspunkt so ausführlich hervorzuheben, nicht zu dem Zweck, alte Kontroversen, die jetzt mehr als drei Jahre lang die Völker entflammt hatten, wieder zu beleben und das Friedenswerk zu erschweren, sondern gerade in dem Bestreben, durch genaue Umschreibung jener seelischen Voraussetzungen — auch bei unseren Gegnern —, ohne welche alle noch so wohlgemeinten Versuche ergebnislos bleiben müßten, dem Friedenswerke den Weg zu ebnen.

Wenn sich unsere heutigen Gegner darauf berufen, daß sie als Antwort auf die Rote des Präsidenten Wilson ihre Kriegsziele mitgeteilt hätten, so dürfte es nicht überflüssig sein, schon jetzt darauf hinzuweisen, daß die damals bekanntgegebenen Kriegsziele als Grundlage eines Meinungsaustausches nicht in Erwägung gezogen werden können, da sie einen Ausgangspunkt zur Vorausschätzung haben, der dank der Standhaftigkeit des deutschen Volkes niemals eintreten wird; nämlich die völlige Niederwerfung Deutschlands und seiner Verbündeten. Wollte Deutschland Kriegsziele veröffentlichen oder seinen heutigen Gegnern mitteilen lassen, die von der umgekehrten Voraussetzung, d. h. von einer völligen Niederwerfung seiner heutigen Gegner ausgehen, so würde unseres Erachtens die Sache des Friedens hierdurch nicht gefördert, sondern geschädigt; denn die Abweichungen der gegenseitigen Forderungen wären so groß, daß auch der beste Wille verzweifeln müßte, eine Einigung für möglich zu halten. Sollte es im gegenwärtigen Augenblicke zu Gesprächen über die Möglichkeit des Friedens kommen, so könnten sie nur auf einer neuen Grundlage geführt werden — auf der Grundlage nämlich, daß zurzeit keine von beiden Parteien besiegt sei und keine der anderen monolithisch oder politisch etwas zuzumute, was von einem stolzen Volk, selbst wenn es besiegt wäre, nicht ertragen werden könnte.

Sind wir mithin im heutigen Stadium der Dinge noch nicht in der Lage, dem Wunsche Eurer Erzcellenz zu entsprechen und eine bestimmte Erklärung über die Absichten der Kaiserlichen Regierung im Hinblick auf Belgien und auf die von uns gewünschten Garantien zu erteilen, so liegt der Grund hierfür keineswegs darin, daß die Kaiserliche Regierung grundsätzlich der Abgabe einer solchen Erklärung abgeneigt wäre oder ihre entscheidende Wichtigkeit für die Frage des Friedens unterschätze oder glaubt, ihre Absichten und die ihr unumgänglich notwendig scheinenden Garantien könnten ein unübersehbares Hindernis für die Sache des Friedens bilden, sondern lediglich darin, daß ihr gewisse Vorbedingungen, die eine unbedingte Voraussetzung für die Abgabe einer derartigen Erklärung bilden, noch nicht genügend geklärt zu sein scheinen.

Hierüber Klarheit zu gewinnen, wird das Bestreben der Kaiserlichen Regierung sein, und sie hofft — falls die Umstände ihr Vorhaben begünstigen — in nicht allzu ferner Zeit in der Lage zu sein, Eurer Erzcellenz über die Absichten und nötigen Forderungen der Kaiserlichen Regierung, insbesondere in bezug auf Belgien genauer unterrichten zu können.

Ich darf schon jetzt der uns besetzenden Hoffnung Ausdruck geben, daß das große Unternehmen Seiner Heiligkeit des Papstes den Völkern nach so vielen Schrecknissen dieses beispiellosen Kampfes die Segnungen des Friedens wieder zu schenken, von vollem Erfolg gekrönt sein möge.

In ausgezeichneter Hochachtung habe ich die Ehre zu verharren als

Euerer Erzcellenz ergebenster

gez. Michaelis.

Seiner Erzcellenz

dem Apostolischen Nuntius Erzbischof von Sorbi Hgr. Eugen Pacelli München.

Was ergibt sich aus diesem amtlichen Schriftwechsel?

In dem ersten Briefe wird dem damaligen Reichsfinanzminister Michaelis die bedeutsame Tatsache mitgeteilt, daß die englische Regierung mit ausdrücklicher Zustimmung der französischen durch ihren Gesandten beim Heiligen Stuhle ein Telegramm hat überreichen lassen, in dem die Regierungen der beiden Westmächte sich darüber Gewißheit verschaffen wollen, erstens ob Deutschland eine bestimmte Erklärung abgeben wolle über seine Absichten bezüglich der vollen Unabhängigkeit Belgiens und der Entschädigung für die in Belgien durch den Krieg verursachten Schäden. Zweitens welche Garantien Deutschland für die politische, ökonomische und militärische Unabhängigkeit Belgiens verlange.

Der damalige Reichsfinanzminister Michaelis läßt drei Wochen ins Land gehen, bevor er den ersten ernsthaften Friedensschritt der Westmächte beantwortet. Inzwischen hat eine wühlende Agitation der Alldeutschen eingeleitet, der es gelingt, die Regierung Michaelis einzuschüchtern. Die Antwort des Michaelis bedeutet den Sieg der Kriegsverlängerer und Annerkennung.

Diese Antwort bedeutete — so schreibt Oskar Müller in seiner oben erwähnten Broschüre — das Ende auch der geheimen nichtamtlichen Vermittlung des Vatikan. Der deutsche Kanzler leute in seinem Brief den Hauptwert auf die damals nebenstehende Frage, ob Deutschland die alleinige Schuld am Ausbruch des Krieges treffe. Auf die Vorfälle, von England und Frankreich gestellte, durch den Vatikan übermittelte und dringend zu einer persönlichen Beantwortung empfohlene Frage über die Räumung

Belgiens und die von Deutschland gewünschten Garantien verweigerte er jedoch die Antwort, da er „im heutigen Stadium der Dinge“ noch nicht in der Lage sei, bestimmte Erklärungen abzugeben. So war es nach der öffentlichen und vertraulichen Behandlung, welche die Friedensfundgebung des Papstes in Deutschland erfahren hatte, nicht zu verwundern, daß sich bei den feindlichen Regierungen und im neutralen Ausland von neuem die Uebersetzung festsetzte, die Friedensresolution des Reichstags vom 19. Juli 1917 sei mehr eine Angelegenheit politischer Fassadenkunst gewesen, als eine ernstliche Orientierung der deutschen Politik zum Verständigungsfrieden, daß vielleicht einige Parteien des Reichstags, keinesfalls jedoch die Regierung und die sie stützenden Faktoren zu einer für die Entente annehmbaren Lösung der belgischen Frage bereit seien, und daß es nun gelte, mit zusammengebissenen Zähnen in den vierten Kriegswinter zu gehen.

Das war es, was auch die Minderheit des Deutschen Reichstags und die alldeutsche-konservative Agitation im Lande gemollt hatten. Sie waren im offenen politischen Kampf unterlegen, aber sie hatten, dank der Schwäche der Regierung, einen großen geheimen Sieg davongetragen. Der Frieden war verhindert, der Krieg ging weiter, und das Schicksal Deutschlands neigte sich in der typischen Verbindung glänzender militärischer Erfolge mit der Unmöglichkeit, sie politisch fruchtbar zu machen, und zum Frieden reifen zu lassen, seinem Ende zu.

Nationalversammlung zu Weimar

Vormittags-Sitzung.

Am Regierungstisch: David, Müller, Koste, Erzberger, Raumann.

Nach Erledigung kleiner Anfragen nimmt das Wort

Präsident Lehndorff: Der Kabinettsausschuß hat folgenden Arbeitsplan

entworfen. Es soll verhandelt werden, heute und morgen in Vormittags- und Nachmittags-Sitzungen die politische Aussprache zu Ende zu führen. Gelingt dies, dann soll ferner für Montag die Deamenteninterpellation zur Beratung gestellt werden. Für den Dienstag und die folgenden Tage ist in Vormittags- und Nachmittags-Sitzungen die dritte Lesung der Verfassung in Aussicht genommen. Dann soll, etwa vom 1. bis 5. August, für das Plenum eine kleine Pause eintreten. Vom 5. August an würden dann in erster Lesung die

großen Steuervorlagen

zur Beratung kommen, dann werden wir versuchen, die in der Zwischenzeit verhandlungsbereit gewordenen kleineren Steuervorlagen zu erledigen. Wie lange Zeit das in Anspruch nehmen wird, läßt sich natürlich heut noch nicht sagen; es kann der 10. August werden, es kann aber auch noch später werden. Dann würden wir für das Plenum eine Ferienpause von etwa einen Monat und für die Steuervorläufe eine kleine Pause von etwa 8 Tagen eintreten lassen. Nach der kleinen Pause würden wir Ihnen für etwa Mitte August den Umrug der Steuerkommissionen nach Berlin vorschlagen, einmal im Interesse der Förderung der sachlichen Verhandlungen, und dann wegen der großen Kosten, die uns hier in Weimar erwachsen. Also wir schlagen Ihnen vor, daß die Ausschüsse nach ihrer kurzen achtstägigen Pause in Berlin ihre Arbeiten fortsetzen und daß das

Plenum etwa am 15. September in Berlin tagen wird.

Ich nehme an, daß bis dahin die Steuervorlagen in den Ausschüssen vorbereitet sind; in der Zwischenzeit wird auch der Etat zur Vorlegung kommen, und es würde das eine Arbeitszeit bis in den Oktober hinein bedeuten. Ich weiß, daß das eine außerordentliche Zumutung an Ihre Ausdauer und Arbeitskraft bedeutet; ich möchte auch namentlich gegenüber wackeren Arbeitern draußen im Lande der Nationalversammlung das Zeugnis ausstellen, daß sie, wie selten ein Parlament, in fortgesetzter Arbeit sich betätigt hat mit unendlicher Ausdauer, Arbeitslust und Arbeitsfreude.

Die geschäftlichen Mitteilungen sind damit abgeschlossen, und wir können zum nächsten Gegenstand

Besprechung der Erklärung der Reichsregierung

übergehen.

Dr. Braune (Zent.):

Zentrum und Sozialdemokratie haben ihre Koalition in der Friedensfrage nicht von langer Hand vorbereitet; die Koalition des Vaterlandes erzwang hier, wie in anderen Dingen, ein Kompromiß.

Ohne Sozialdemokratie ist heute keine Regierung denkbar,

Das Zentrum glaubte sich der Verantwortung für die Unterzeichnung des Friedens nicht entziehen zu können. In der entscheidenden Reaktions-Sitzung stimmten nur sieben Mitglieder gegen die Ratifikation. Die Ablehnung würde Anarchie und Bürgerkrieg gebracht haben. Auch die Rechte konnte die Entwicklung nicht hindern. Ihr Nein war

ein Nein des Affektes

(Stürmischer Widerspruch rechts, langanhaltende Bewegung und durcheinanderwogende Jurufe, die sich wiederholen, als der Redner fortfährt); war ein Nein des Affektes und nicht der ausbauenden Tat. Die Frage war nicht: diesen oder einen anderen besseren Frieden, sondern die Frage war: Wann schließen wir den schlechten Frieden, jetzt oder später, und vielleicht gar noch einen schlechteren? Das Können mit der Revolution war weder recht noch redlich. Sie hätte nie Ordnung geschaffen und wird sich auch in absehbarer Zeit nicht verwirklichen. Anders handeln konnte nur, wer in der Opposition stand. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Man spricht dort den Ja-Sägern, wie man sich geschmacklos ausdrückt, die nationale Gefinnung ab, nicht einmal ein neues, sondern aus alter Zeit herkömmliches Mittel. Wir brauchen keine Beerdigung unserer nationalen Gefinnung. (Sehr richtig! im Zentrum.) Man hat von Schmachfrieden gesprochen. Eine Schmach ist der Friede für die, die ihn uns aufzwingen,

aber auch für die, die den Krieg, dessen Folge der Friede ist, verflucht haben.

Der Friede selbst ist ein Unrecht und eine Vergrößerung, und wir werden nicht aufhören, seine Revision auf friedlichem Wege zu fordern und mit allen Mitteln nachdrücklich zu betreiben. Alles Unrecht rächt sich einmal. Das deutsche Volk hat sich so oft aus Armut, Elend und Niederlage herausgearbeitet, daß es auch diese Prüfung übersteht wird. In seiner Unerfüllbarkeit trägt der Friede

bereits eine Korrektur in sich.

Wir können unsere Verpflichtungen nur mit unseren Fabriken be-

zahlen, die Entente zwingt und also zur schärfsten Konkurrenz gegen ihre eigene Industrie. Von unserer christlich-religiösen Ueberzeugung aus beurteilen wir alle Bestrebungen, Feindschaft gegen andere Völker zu predigen; die alte Formel vom Erbfeind darf nicht wieder aufleben. (Beifall im Zentrum.)

Bei der Reform des auswärtigen Amtes muß dem Tüchtigen freie Bahn geschaffen werden, müssen die Privilegien der Reichsminister verschwinden. Für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft brauchen wir Rohmaterialien, Arbeitsleistung, Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, Sicherung der Arbeit durch Tarifverträge, die das beste Mittel gegen Streiks sind sowie ländliche Bevölkerung. Wegen die Ueberflutung mit Fertigwaren vom Ausland müssen wir unsere Zollgrenze wieder aufrichten. Wir müssen die Einfuhr von Rohstoffen und die Ausfuhr unserer heimischen Erzeugnisse betreiben. Die Anbahnung der Wasserkräfte ist praktische Sozialisierung. Wir begrüßen das Reichsmonopol für die elektrische Kraft und für den Erzbau, wie des Braunkohlenbergbaus; für den gesamten Kohlenbergbau ist die Verstaatlichung noch nicht möglich, allerdings bin ich deren Anhänger. Die großen Vorräte an Rohmaterialien aus der Kriegswirtschaft müssen veräußert werden. Die Kriegsgesellschaften müssen sämtlich verschwinden. Was diese an Auswüchsen und Korruption gezeitigt haben, ist nicht zu sagen. (Sehr richtig!) Die bürgerlichen Kredit und freie Bahn für den Außenhandel. Die Ueberflüsse von Papiergeld muß beseitigt, die harten Steueropfer müssen willig getragen werden. Die Steuererhebung muß natürlich der sozialen Gerechtigkeit entsprechen. Auf Schwärze sind Steuerhinterziehung und Steuerflucht zu bekämpfen. Wir sind keine grundsätzlichen Gegner einer gebundenen Wirtschaft, und manches Gute steht in der Wirtschaftlichen Planwirtschaft, aber in der jetzigen Lage können wir solche Experimente nicht machen. Für besonders notwendig halten wir die Stärkung des Arbeitswillens. In dieser Hinsicht wird die Forderung unserer Ernährung besonders wirksam sein. Man gebe dem armen Volke, das so viele Jahre hindurch gehungert hat, einmal regelrecht satt zu essen.

und mühte es selbst auf Kosten der Voraustrwirtschaft für das nächste Jahr gehen. (Sehr richtig!) Nicht vorbei kommen können wir an einer zweckvollen Regelung der Arbeitslosenfürsorge.

Eine Steigerung der Arbeitswilligkeit erwarten wir auch durch die Bekämpfung der wilden Streiks. Von einem Streikverbot halten wir nichts, weil seine nächste Folge ein Streik gegen das Verbot sein würde. Die völlige Gesundung der Arbeitsleistung kann nur durch die Arbeiter selbst kommen. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir stehen vor dem Abschluß der Reichsverfassung. Durch unsere Mitarbeit daran verpflichten wir uns auf keine Regierungsform, sondern erfüllen nur unsere gottgewollte Pflicht der Stützung der neuen Ordnung, damit überhaupt wieder Ordnung kommt. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) In der Landertage werden wir nach wie vor dafür eintreten, daß die Selbstständigkeit der Einzelstaaten nicht stärker beschnitten wird, als es die Notlage des Reichs verlangt; ein völlig zentralisiertes Reich lehnen wir ab. Völlig neue Wege haben wir durch unser Kompromiß für die Ordnung der Verhältnisse von

Staats, Kirche und Schule eingeschlagen. Ein Teil der Presse hat dagegen das Volk mit allen Mitteln demagogischer Art aufzureizen versucht. Es ist von Fälschungen geredet worden; man glaubt anscheinend immer noch, mit kulturkämpferischen Mitteln Politik machen zu können. Man hat gesagt:

„Wer mit dem Zentrum essen solle, der müsse einen langen Löffel haben.“ (Weiterkeit, Zurufe bei den Demokraten: Sehr richtig!) Wir wollen eine Erziehungsschule und keine reine Bildungsschule.

Erziehung ist nun aber einmal von Religion und Weltanschauung nicht zu trennen.

Das Kompromiß bietet uns die Möglichkeit, an einem neuen Kulturkampf vorbeizukommen. Wir sind uns Pflichtgefühl entschlossen, an der aufbauenden Arbeit der Regierung auch weiterhin teilzunehmen; unser Blick ist nicht nach rückwärts, sondern nach vorwärts gerichtet. (Langanhaltender Beifall im Zentrum.)

Preussischer Landwirtschaftsminister Braun:

Wenn der Abg. Dutsche auch nur eine Spur des Verantwortlichkeitsgefühls hätte, das er mir gegenüber abgesprachen hat, so würde er nicht leichtfertig so schwerwiegende Vorwürfe gegen mich erheben haben. Ich habe schon vor Monaten, als die Gefahr eines Landarbeiterstreiks anstand, Vorbeugungsmaßnahmen getroffen, bei denen ich allerdings von der Tatsache ausgegangen bin, daß die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Landarbeiter die rückständigsten und unbeständigsten sind.

Wo diese Erlasse lokal ausgeführt worden sind, hat Ruhe geherrscht; nur in Pommern, wo die Arbeitgeber unter Führung des Pommerschen Landbundes in der einseitigen Weise des Herrn-im-Haus-Standpunktes verfahren haben, ist es zu Streiks gekommen. Dieser pommersche Landbund ist eine Art geheime Gesellschaft, in jedem Falle ein reaktionäres Gebilde, das von seinen Mitgliedern deutschvölkische Bestimmung verlangt, das Juden und Katholiken von der Mitgliedschaft ausschließt (Hört, hört!), das seinen Mitgliedern Verschwiegenheit über die ihnen zugegangenen Nachrichten des Bundes auferlegt. (Hört, hört!) Durch ein Schreiben dieses Landbundes vom 28. März, das nur an die zuverlässigen Landräte durch Offiziere versandt worden ist (Hufe: Hört, hört! Unerhört bei den Soz.), ist ein

Waffenbeschuss zwecks Bewaffnung der Mitglieder des Landbundes in die Wege geleitet worden (Hört, hört!), und leider muß gesagt werden, daß auch

militärische Behörden dabei ihre Hand im Spiele gehabt haben. Durch zahlreiche Eingaben hat der Bund den Eindruck zu erwecken gesucht, als ob in Pommern alles brenne und es deshalb nötig sei, sofort den Belagerungszustand zu verhängen und ein allg. meines Streikverbot zu erlassen. Redner verliest zum Beweis seiner Behauptungen eine Anzahl Schreiben und andere Schriftstücke und geht dann über auf den Ausdruck und Verlauf des Streiks im Kreis Franzburg ein. Eins steht fest: durch alle diese Treibereien und schließlich durch die Verhängung des Belagerungszustandes nicht nur für den Bezirk Strausund, sondern auch darüber hinaus für drei Kreise des Regierungsbezirks Stettin, wo völlige Ruhe herrscht, hat der Streik einen Umfang angenommen, den er sonst nie angenommen haben würde. Ich habe, meiner Verantwortung voll bewußt, sofort beantragt, daß der Belagerungszustand aufgehoben und Verhandlungen über Tarifverträge in die Wege geleitet wurden. Ich habe einen Kommissar hingeschickt, dem es an einem Tage gelungen ist, für den Bezirk Strausund einen Tarifvertrag zustande zu bringen. Nachdem, trotz der in der preussischen Landesversammlung geäußerten Aufforderung die Behauptung hier wiederholt worden ist, einer meiner Kommissare, Dr. Grimm, habe zu dem Streik gehört, so bleibt mir nun nichts anderes übrig, als durch gerichtliches Verfahren festzustellen, wer sich diese Verleumdung aus den Fingern gelassen hat. Ich glaube behaupten zu dürfen: Wenn bei dem jetzt grassierenden Streikstreifer von den Millionen Landarbeitern nur einige Tausend in den Streik getreten sind, so ist das in erster Linie der

Tätigkeit des Landwirtschaftsministeriums und seiner Kommissare zu verdanken. Wenn es infolge des Streiks zu Schäden in Pommern gekommen ist, so tragen lediglich diejenigen die Schuld daran, die seit Wochen und Monaten systematisch das Zustandekommen von Tarifverträgen vereitelt haben. (Sehr richtig! und Beifall bei den Soz.) Die Nachrichten, die über den Zustand in die Presse gekommen sind, sollen in der Beobachtung Unruhe suggerieren. Trotzdem ist die Lage nicht leicht zu nennen, d. h. die berechtigten Forderungen der Arbeiter müssen erfüllt werden. (Zuruf rechts.) Ich will lieber Minister von 20000 Landarbeitern sein, als der Kommissar von 50 Großgrundbesitzern,

die mit ihrem Hochmut den Streik verschuldet haben. Spruchkammern müssen die richtige Anwendung der Tarifverträge durchsetzen. Dann können wir gegen bolschewistische Elemente zur Sicherung des Eigentums und der Ernte richtig einschreiten. Der gesunde Sinn der Landarbeiter wird hoffentlich die Provolationen von rechts wie die kommunistische Heiße von links als Wahnsinn und Verbrechen am Volke ablehnen. (Beifall links.)

Zurufe (D. Sp.) (persönl. Bemerkung): Der preussische Landwirtschaftsminister hat kein Wort der von mir geforderten und gewünschten Anerkennung der Tätigkeit der Landwirte und keine Warnung für die Landarbeiter gesagt. (Sehr richtig! rechts, Unruhe links.) Er hat nur vom pommerschen Landbund gesprochen, der mich nichts angeht. Er hat nichts zurückgenommen, sondern die Beleidigung sämtlicher Landwirte in Deutschland aufrechterhalten.

Landwirtschaftsminister Braun: Mir ist gar nicht eingefallen, alle Landwirte zu beleidigen. Meine Ausführungen waren vollkommen deutlich, wenn ich meinen konnte. Ich halte allerdings diejenigen, ob rechts oder links, die mit Handgranaten arbeiten, für Bolschewisten, sie bilden ebenso wie die Kommunisten nur eine gewalttätige Minderheit. (Beifall bei den Soz.)

Schluß der Vormittagssitzung. Nachmittagsitzung.

Am Regierungstische: David, Erzberger, Roste, Müller, Raumann.

Präsident Dietrich eröffnet die Sitzung 8 Uhr 40 Minuten. Abg. Frau Dr. Bäumer (Dem.): Der Zentrumredner ist noch einmal auf unsere Stellung zur Friedensfrage zurückgekommen; wir fühlen uns nicht veranlaßt, ihm darin zu folgen, da unsere Haltung immer konsequent gewesen ist. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Konsequent!) An dem von dem Minister entwickelten Programm werden wir im Rahmen unserer demokratischen und politischen Ueberzeugung mitarbeiten. Dabei wollen wir in entschlossener Treue zu deutscher Art und Bestimmung stehen, lehnen aber eine Gewaltpolitik entschieden ab. Unsere Auslandsbeziehungen müssen auf Grund einer demokratischen Politik wieder angeknüpft werden, damit die Deutschen im Ausland auf neue Boden gewinnen und die deutschen Minoritäten außerhalb unserer Grenzen ein erträgliches Dasein führen. (Beifall.) Der Völkerverbund hat für uns nur Wert auf der Grundlage der Gleichberechtigung des deutschen Volkes. (Lebhafte Zustimmung.) Wir stimmen mit dem Minister überein in der Anerkennung der Kriegsverbrechen Frankreichs und Belgiens. Wir haben sie auch im Verlauf des Krieges mitgefühl. Teilweiser Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Schmerzlich bedauern wir, daß die französischen und englischen Frauen, die widerspruchslos die Hungerblockade gegen die deutschen Frauen und Kinder duldeten (Lebhafte Zustimmung), für die Zustände in dem französischen okkupierten Gebiet, wo dauernd Vertragsschüsse stattfinden, noch kein Wort der Kritik gefunden haben. Wir wenden uns auch gegen die Aufladung der Kriegsschuld, die gegenwärtig besonders in jener verwegenen Parodie eines Gerichtes über hunderte angeblich kriegsschuldiger Deutscher in Erscheinung tritt. Wir verlangen, daß der von uns bereits einmal aufgeworfene Gedanke eines

internationalen Schiedsgerichts über die Schuldfrage noch einmal erörtert wird. (Lebhafte Beifall.) Eine Revisionspolitik lehnen wir ab. Sie würde eine verhängnisvolle Fortsetzung der Illusionspolitik des Krieges bedeuten und die neue innere Einheit unseres Volkes unmöglich machen. (Beifall.) Wir wollen mitarbeiten an dem Versuch, der Welt nicht die Weltrevolution, sondern den Weltfrieden zu bringen. (Lebhafte Zustimmung.) Dafür ist die Voraussetzung der Ueberwindung unserer Bitterkeit im Innern. Die Pogromgefahr,

die sich gegenwärtig geltend macht, ist ein Frevel an der inneren Einheit, der Welt gegenüber ist es schädlich und ungeheuerlich, ihr auch noch dieses Schauspiel zu bieten. (Lebhafte Beifall.) Dem für die innere Einheit aufgestellten Regierungsprogramm stimmen wir durchaus zu. In den Ausführungen des Reichswirtschaftsministers begrüßen wir besonders seine Würdigung der wirtschaftlichen Probleme nach der technischen Seite hin, die er hinter politische Rücksichten zurücktreten ließ. In dem Maße, als es gelingt, eine innere Demokratisierung des Arbeitsverhältnisses, die für uns gleichzeitig eine Vermenschlichung bedeutet, herbeizuführen, werden wir auch zur Verfechtung des uns so bitter nötigen Arbeitsfriedens kommen. Von dem Standpunkte grünen wir vor allen Dingen die vom Ministerpräsidenten angeforderte Einführung der obligatorischen Schiedsgerichte. Unser ganzes Wirtschaftsprogramm dient dem Gedanken, aus unserm zerfahrenen Volk wieder eine Einheit aufzubauen, denn das ist die Voraussetzung zu einem Wiederaufstieg. (Beifall.) Von diesem Standpunkt hat uns die Regelung der Schulfrage mit der tiefsten Besorgnis erfüllt. (Lebhafte Zustimmung bei den Demokraten.) In dem Augenblick, wo wir die Einheit unseres Volkes so nötig haben, wird ein Schulkompromiß abgeschlossen, das unser Volk in seiner ganzen Jugendbeziehung auseinanderreißt. (Sehr richtig! und lebhafte Zustimmung bei den Demokraten. Lebhafte Widerspruch im Zentrum.) Es ist gesagt worden, durch dieses Kompromiß vermeiden wir den Kulturkampf. Das Gegenteil ist der Fall. Wir tragen den Kampf hinein in jede Stadt, in jedes Dorf und in jede Familie. Wir lassen ihn entbrennen um jedes Kind und um jede Mutter. (Sehr richtig! bei den Demokraten.) Das Entscheidende ist, daß wir die ganze Jugendbeziehung so in zwei Ströme sich spalten lassen, die sich in ihrem beiderseitigen Charakter immer scharfer differenzieren müssen, weil sie sich nicht aneinander stoßen und abstoßen lassen. (Beifall und Zustimmung bei den Demokraten.) Dieser Entwicklung gegenüber werden wir auf dem Boden der Einheit und der Freiheit und eines starken nationalen Bewußtseins an dem Programm der Reichsregierung mitzuarbeiten suchen. (Lebhafte Beifall bei den Demokraten.)

Abg. v. Graefe (Dnatl.): Die Regierung hat erklärt, ihr Programm hier nicht entwickeln zu können, es nicht die Verfassung fertig sei. Wir sind nicht harmlos genug, das so anzunehmen. Charakteristisch erschien mir nur das Gehändnis des Ministerpräsidenten; er verzichtete darauf, die Ergründlichkeiten der letzten drei Monate aufzugeben. Herr Bauer, war das Rücksicht auf denjenigen Kollegen, der im Ministerium die eigentliche führende Stellung hat? (Große Unruhe links!) Wir allerdings wollen uns ansehen, wodurch die jetzige Regierung und ihre unmittelbare Vorgängerin auf den Platz Dismards gekommen sind, um sein Werk zu zerstören. (Große Unruhe links!) Vor der Weg, auf dem sie die Monarchie stützten, der Wille der Mehrheit des deutschen Volkes? (Widerspruch und Unruhe links!) Das Wahlergebnis gibt ihnen kein Recht dazu. Die Verufung auf die Mehrheit des Hauses ist ein Trugschluß.

Sie kam zustande durch eine Vergewaltigung des deutschen Volkes (Lebhafte Unruhe links!), wie man dem deutschen Volk jetzt eine republikanische Verfassung gegen den

Willen seiner Mehrheit aufgezwingen hat. (Sehr richtig! rechts, Unruhe links!) Möglich wurde die Vergewaltigung der Mehrheit durch eine Minderheit nur, weil das deutsche Volk, durch die Schrecknisse des Krieges verwirrt, Frieden und Brot verlangte und alles über Bord warf, wenn ihm dafür die Aussicht auf Frieden und Brot geboten wurde. Wenn auch manche heilige Phantasien Brot und Frieden erwarteten, so haben doch unendlich viele lebendig zur Befriedigung ihrer politischen Machtgelüste die niedergebrachte Stimmung des deutschen Volkes verbreecherlich gemißbraucht. (Sehr richtig! rechts.) Hehliche Versuche in den Händen unserer Feinde wurden dadurch unterdrückt, daß der englische Admiral Beatty

200 Matrosen erschießen ließ und Clemenceau die Meuterer in den Regimentern an die Wand stellen ließ. Es ist ein tragisches Geschick für unser armes deutsches Volk, daß die verbreecherlichen Illusionspolitiker bei uns nicht auf diese Weise beseitigt wurden. Der „Vorwärts“ schrieb so damals, wenn die Regierung nicht Blutbergießen hätte vermeiden wollen, wäre es nicht zum Matrosenaufstand gekommen. (Vollkommen unwohl! Red. d. B.) Sie (zu den Soz.) haben auch kein gutes Gewissen bezüglich der Illusionen, mit denen sie das deutsche Volk hingehalten haben. Mit welchen demagogischen Mitteln sie jene Ideen in die Arme trieben und unsere militärische Macht gerüttelten, dafür liegen die Bekenntnisse von Herrn Vater und von Herrn Ledebour vor. Ebenso direkte Beweise von der Front selbst. Niemand wird ihnen die Schuld abnehmen. (Lärm bei den Soz.) Die Vermärkung unseres Heeres hat seinen Aufschwung herbeigeführt. (Lärmender Widerspruch bei den Soz.) Die Revolution hat den letzten Stoß gegeben. Hindenburg erklärte noch am 26. Oktober 1918 über die Antwort Amerikas auf unser Waffenstillstandsangebot, daß die militärische Kapitulation für Soldaten unannehmbar sei. Wenn die Feinde (den Soz.) behaupten, daß die Front nicht zu durchbrechen sei, würden sie zum Frieden bereit sein. Wenn Herr Erzberger nachher etwas anderes erklärte, so lag das zwischen die Revolution. (Minister Erzberger: Nein!) Nun geschah die große weltgeschichtliche Lüge, daß man die vollständige Kapitulation damals dem deutschen Volk als einen Waffenstillstand frisierte. (Sehr richtig! rechts.) Wäre damals dem deutschen Volk zum Bewußtsein gekommen, daß es seine Waffen auslieferete, so hätte das etwas Ähnliches hervorgerufen wie am 12. Mai, als alle Parteien und die Regierung erklärten, daß ein Volk seine Ehre nicht preisgeben dürfe. Was am 12. Mai nur Reden waren, wäre Anfang November noch eine Tat gewesen. (Lärmender Widerspruch bei den Soz.) Aber dann war es aus mit den Erfolgen der Revolution.

Unter der Maske eines Waffenstillstands

stuferte man das Volk reiflos dem Feinde aus. Eine heilige Demokratie hätte unserem Volke die Entscheidung überlassen, anstatt ihm das Gaukelspiel des Waffenstillstands vorzumachen. (Lärm auf den Tisch schlagend.) Herr Erzberger hat als erster das gemacht. Die dem Volke Frieden und Brot versprochen, haben jetzt vor der Pleite ihrer Politik. Aus sozialdemokratischem Munde haben wir am 12. Juni gehört, daß unsere Arbeiter ihre Waffen am 8. November 1918 nicht abgegeben hätten, wenn sie diesen Frieden vorausgesehen haben würden. Nun wird in einer offiziellen sozialdemokratischen Parteiverammlung ausgeführt, wir verdammen diesen traurigen Frieden der Weltgeschichte den Alldutschen, die bis zum 9. November die Politik unserer Heimat geführt haben. Wert ist darüber ganz anderer Auffassung gewesen. Im November 1917 anerkannte auch der „Vorwärts“, daß die Politik des Reichstags (aber auch nur des Reichstags, Red. d. B.) nicht mehr unter dem Einfluß der Alldutschen stünde, und jetzt sollen die Alldutschen die Träger der Politik vor dem 9. November gewesen sein. Es heißt Sand in die Augen des deutschen Volkes streuen. (Lärmender Widerspruch rechts und Widerspruch links.) Die Demokraten hierher, Dr. Podnitske und andere waren nicht grundsätzlich gegen die Annexion. Aber der schlimmste aller Amerikaner... (Der Redner blickt auf den Minister Erzberger; langanhaltende stürmische Heiterkeit.) Der Redner legt das bekannte

Annexionsprogramm Erzbergers

aus dem September 1914, unter händigen Widerspruchsbewehrungen der Linken und Zustimmungsbewehrungen der Rechten im einzelnen dar und stellt ihm die Friedensvorschläge der Obersten Heeresleitung aus dem Dezember 1916 gegenüber. Ich zweifle nicht, daß Herr Erzberger hernach allerlei vorlegen wird, was die Annexionslust der alldutschen Kreise in der Obersten Heeresleitung beweisen soll. (Zuruf des Reichsministers Erzberger: Merkwürdig!) Ich bin überzeugt, daß es über Geschicklichkeit und Gewandtheit gelingen wird, durch irgend welche Enthüllungen sich hier im Hause eine Beeidigungsmaschine zu schaffen. (Anhaltende Unruhe links!) Auf die Enthüllungen des Grafen Wedel, die wirklich Enthüllungen sind, will ich vor der Antwort Erzbergers nicht weiter eingehen. Wenn Erzberger auch nicht im feindlichen Sinne gehandelt hat, so hat er doch so gehandelt, als ob er im feindlichen Sinne gehandelt hätte. (Langanhaltende Unterbrechungen. Ein Teil des Zentrums ruft fortgesetzt: Pfui!) Der Redner beschäftigt sich nunmehr mit den Behauptungen, die vom Zentrum abgeordnet Dr. Brauns und anderen gegen die Deutschnationalen anlässlich ihrer Stellungnahme zur Friedensunterzeichnung öffentlich erörtert worden sind. Als

höchste Ziel unserer auswärtigen Politik bezeichnet der Ministerpräsident unseren Eintritt in den Völkerverbund. Hat er denn gar kein Gefühl dafür, wie solche demütigenden Freundschaften und Unterwürfigkeiten auf das Ausland wirken werden? (Lebhafte Beifall rechts, Lärm bei den Soz.) Und was die äußere, so ist auch die innere Politik der Revolutionsregierung völlig zusammengebrochen. Jetzt kommt man mit der Sozialisierungspolitik und mit einer Steuerpolitik, die einfach

eine Vermögenskonfiskation

bedeutet. Trotzdem wird man um den Staatsbankrott nicht herumkommen. Wir wollen daher der Regierung unser Mißtrauen in aller Form aussprechen. Wir wissen, daß wir nicht mit solchem Antrag eine weitgehende Resonanz im deutschen Volke außerhalb des Hauses finden werden. Die Mehrheit des Hauses kann und einen Augenblick von furchtbare Arbeit zurückhängen, aber nach den Worten des Dichters ist es ein Genuß, einer Minderheit anzugehören, die die Wahrheit vertritt. (Bei diesen Worten bricht auf der Linken Hohnlachter aus, in dem die Schlüsselringe des Redners verloren gehen.)

(Schluß im Hauptblatt.)

Briefkasten der Redaktion.

N. 51. Sie sind zur Zahlung von Einkommensteuer nicht verpflichtet, wenn die dortige Gemeindebehörde von dem ihr zustehenden Recht zur Steuerfreiheit für Renten unter 1500 M. Gebrauch macht. — Übung 38. Ihre Fragen können wir nicht beantworten. Erklären Sie sich bei einem Patentanwalt. — C. 6. 27. Um in den Genuss der Altersrente treten zu können, erfordert das Gesetz 1200 Beitragsmonate. — B. 33. 1. Ihre ferneren Ansprüche an die Landesversicherungsanstalt sind nicht verloren gegangen. — C. 3. 12. Bekümmern Sie sich bei der Zentrale für Erwerbslosenfürsorge, Breite Str. 36, und führen Sie an, daß es Ihnen bei dem genannten Verdienst unter den heutigen Verhältnissen unmöglich ist, Ihre Tochter mit zu unterhalten. — U. 6. 1. Es bestehen keine gesetzlichen Bestimmungen darüber, 2. U. 6. hat der Landrat das Quantum der Rente an die ihm benannten Wähler abzugeben. — W. 1. 3a. 2. Rein. — R. 26. 24. Da ein abgeklärter Vertrag vorliegt, ist das Verlangen der Firma berechtigt. Sie sind schuldhaftig. — D. 44. Bedenken Sie sich an die Kriegskassette der Stadt Berlin, Rathaus. — B. 205. Ein Gesetz wiederholt existiert nicht. Nach ein rechtlicher Anspruch könnte im Wege der Klage kaum geltend gemacht werden. — B. 53. Bedenken Sie sich mit Ihrem Anliegen an das hiesige Polizeipräsidium, Abteilung für Gewerbelegen.





## Der Streik der Telegraphenarbeiter.

Gestern verhandelte die Oberpostdirektion mit Vertretern der Telegraphenarbeiter. Eine Verständigung wurde jedoch noch nicht erzielt. Der Vorsitzende des Bundes der Telegraphenarbeiter, Valentin, gab die bestimmte Erklärung ab, daß die Organisationsleitung bei Erfüllung der Forderung auf Wiederentstellung der Entlassenen die Verpflichtung übernehme, daß die Mitglieder für die Zukunft während der vorgeschriebenen Arbeits- oder Dienstzeit sich an politischen Demonstrationen nicht beteiligen werden, und daß der Streik augenblicklich beendet werden würde.

Oberpostdirektor Sänjzen erklärte, daß sich durch den Streikbeschluss die Situation sehr verschärft und zumungunsten der Arbeiter gestaltet habe. Er wollte sich nur dazu bereit finden, dem in Weimar weilenden Reichspostminister telephonisch Bericht zu erstatten, und hielt weitere Verhandlungen für zwecklos.

Die Vertreter der Arbeitnehmer mochten auf die Folgen dieses schmerzlichen Standpunktes aufmerksam und erklärten nochmals ihre Bereitwilligkeit, falls eine Zusage für die Wiederentstellung der 287 Entlassenen gegeben und in eine Erwälung über die Möglichkeit der Lohnzahlung seit der Entlassung eingetreten werde, für die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit und die Ruhe und Sicherheit im Betriebe die Gewähr zu übernehmen. Oberpostdirektor Sänjzen nahm jedoch abermals einen ablehnenden Standpunkt ein und hob die Sitzung auf.

Von den Vertretern des Verbandes der unteren Post- und Telegraphenbeamten, die an der Besprechung teilnahmen, wurde die Frage aufgeworfen, ob diejenigen Unterbeamten, die aus dem Telegraphenarbeiterberuf hervorgegangen seien, etwa zur Übernahme der Arbeiten der Streikenden herangezogen werden sollten, die vom Oberpostdirektor Sänjzen dahin beantwortet wurde, daß eine derartige Maßnahme, wenn sie notwendig erscheinen, selbstverständlich erfolgen und energisch durchgeführt werden würde. Diese Mitteilung hat den Vorstand des Verbandes der unteren Post- und Telegraphenbeamten veranlaßt, noch am gestrigen Freitag nachmittags eine Sitzung einzuberufen, in der zu der Frage Stellung genommen wurde. Es besteht danach die Befürchtung, daß unter Umständen auch die Post- und Telegraphenunterbeamten in die Bewegung der Telegraphenarbeiter hineingezogen werden, die übrigens mit keinerlei Lohnforderungen verknüpft ist.

Von weiteren Maßnahmen hat die Arbeitnehmerorganisation vorläufig noch abgesehen, da sie erst den Bescheid des Ministers aus Weimar abwarten will.

Sofort nach dem Ausbruch des Generalstreiks hat die Oberpostdirektion angeordnet, daß der Störungsdienst durch unsere Beamten, wie Leitungsassistenten usw., durchgeführt wird. In der Ausführung der Verlegung und der Einrichtung neuer Anschlüsse tritt eine Pause ein.

## Angestellten-Verhandlungen in der Chemischen Industrie.

Während in der Metallindustrie die Tarifverhandlungen vorläufig abgebrochen sind, hat der Arbeitgeberverband der chemischen Industrie Deutschlands sich zu weiteren Verhandlungen bereit erklärt. Die „Afa“ und der Gewerkschaftsbund hatten in zwei großen Versammlungen den Angestellten der chemischen Industrie die bisherigen Ergebnisse der Verhandlungen und die Gegenwärtigen der Arbeitgeber bekanntgegeben. In beiden Versammlungen war einstimmig gefordert worden, daß der Tarifvertrag bis zum 31. Juli unterzeichnet sein sollte. Daraufhin hat sich der Großhandel außerstande erklärt, die Gehaltsfrage gemeinsam mit der chemischen Industrie zu behandeln, während der Arbeitgeberverband der chemischen Industrie mit den Vertretern der Angestellten in weitere Verhandlungen eingetreten ist. Damit die Verhandlungskommission möglichst schnell positive Arbeit leisten kann, war es erforderlich, sie enger zu beengen und die Vertreter aller kleinen

Gruppen und Gruppchen anzuschalten. So sehr sich auch der Vertreter des „Afa“ (Arbeitnehmerverband der chemischen Industrie Deutschlands) dagegen sträubte, war es doch notwendig, im Interesse der gesamten Angestellten derartige Sondergruppen von den Tarifverhandlungen auszuschalten. In der ersten Sitzung wurden sofort Kommissionen gebildet, die von der „Afa“ und dem Gewerkschaftsbund gemeinsam mit den Arbeitgebern paritätisch besetzt sind. Zunächst stehen die Gehaltsfragen der Kaufleute zur Verhandlung. Ihnen werden sich die der Chemiker und Techniker sowie der Werkmeister sofort anschließen.

Man hofft in der chemischen Industrie bald zu einem günstigen Abschluss zu kommen. Die Arbeitgeber des Großhandels werden

## Die Freunde unserer Zeitung

werden gebeten, bei ihren Ausflügen und Reisen an allen Verkaufsstellen, besonders an den Bahnhöfen, den „Vorwärts“ zu kaufen und ihn in den Gasthöfen, Restaurants und Cafés stets zu verlangen. Wenn der „Vorwärts“ irgendwo nicht zu haben ist, richte man gütigst eine kurze Mitteilung an

„Vorwärts“-Verlag S. m. b. H., Hauptexpedition, Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

jedoch gut tun, ebenfalls schleunigst in Verhandlungen einzutreten, da nach der Resolution bis zum 31. Juli keine Zeit mehr zu verlieren ist und die Angestellten der chemischen Industrie sowohl wie die der Metallindustrie mit aller Energie darauf bestehen, endlich das ihnen zustehende Existenzminimum zu bekommen.

## Groß-Berlin

### Gegen die Schundliteratur in Groß-Berlin.

Der Groß-Berliner Ausschuss zur Bekämpfung der Schundliteratur (Vorsitzender Stadtrat Sassenbach, Geschäftsführer Lehrer Gütte, Geschäftsstelle R.M. 21, Rodumer Straße 9) hat seine Arbeit begonnen. Sochs Unterkomitees sind gebildet worden. Der Ausschuss für gesellschaftliche Maßnahmen (Vorsitzender Dr. Heyde) beeinflusst die Weisung der Gemeindeverwaltungen und die öffentliche Meinung. Der Volkshilfungs-Ausschuss (Vors. Dr. von Erdberg) kauft über das Weien der Schundliteratur und ihre Schädigungen auf durch Vorträge und Bereitstellung von Vorträgen, durch Flugblätter und Flugschriften. Er sorgt für Herstellung und Verbreitung guten Lesestoffs, schafft Verkaufsmöglichkeiten billiger Bücher (s. B. sehr er sich ins Einzelne nehmen mit kleinen Geschäftleuten, Papierhändlern, Zeitungs-Handhabern). Er veranstaltet Ausstellungen und regt literarische Vereinigungen unter Lehrlingen, in Fabriken und Kaminen an. Der Bücher-Ausschuss (Vors. Direktor Dr. Buchholz) tritt ein für die Vermehrung der Volksbibliotheken, die Erweiterung der Öffnungszeiten, die Erhöhung der Mittel zu Neuanschaffungen. Er regt zur Benützung der Bibliotheken an durch die Zeitungen, an den Anschlagtafeln und in den Fortbildungs- und Volkshochschulen. Der Literarische Ausschuss (Vors. Schulinspektor Dr. Diehoff) gibt Verzeichnisse empfehlenswerter Schriften für Kinder, für die werksfähige Jugend und für Erwachsene heraus. Er beurteilt Neuerscheinungen und stellt Musterbibliotheken zusammen. Der Schulausschuss (Vors. Stadtschulrat Dr. Reimann) bekämpft als Bundesgenosse der Lehrer die Schundliteratur in Wort und Bild bei jeder Gelegenheit, die nur immer durch die Schule sich bieten kann. Der Kino-Ausschuss (Vors. Prof. Dr. Brunner) übertracht planmäßig die Jugendvorstellungen, gibt Anweisungen zur Aufsicht an die Vertretungsleute und veranstaltet Probevorführungen.

Grundsätzlich arbeitet der Groß-Berliner Ausschuss mit allen anderen gleichgerichteten Bewegungen jeder Richtung zusammen.

## Vollzugsrat der S. P. D. und D. P. D. Arbeiterräte Groß-Berlins.

Achtung! Kameraden, die in irgendwelchen militärischen Angelegenheiten Rat und Hilfe des militärischen Ausschusses des Vollzugsrates in Anspruch nehmen wollen, wollen sich von jetzt ab an den Vollzugsrat, Militärischer Ausschuss, SW. Lindenstr. 114, I. Et. r. wenden. Die Militärbehörden usw. sind gebeten, den etwa noch schwebenden einschlägigen Schriftwechsel an die vorgenannte Stelle zu leiten.

Auf verchiedene Anfragen. Nach dem Ausschreiben unserer dort so gemein bekämpften Genossen aus dem U. S. P. - R. P. - Vollzugsrat ist natürlich kein Pfennig für diesen zu zahlen.

## Kreis Niederbarnim und Gesehentwurf Groß-Berlin.

Außer denjenigen Gemeinden, welche nach Groß-Berlin eingemeindet werden sollen, regen sich jetzt auch die Ortsgemeinden des Kreises Niederbarnim, bei denen dies zweifelhaft ist oder welche voranschicklich im Kreise verbleiben werden. Denn es ist klar, daß die Abgrenzung Groß-Berlins nicht nur für dieses, sondern auch für den verbleibenden Restkreis Niederbarnim von einschneidender Bedeutung ist. Jeder billig denkende wird zugeben müssen, daß die Lebensfähigkeit des Restkreises nicht untergraben werden darf, und daß es nicht angängig ist, auf seine Kosten dem zukünftigen Groß-Berlin alle Vorteile bei der Neuordnung zuzuwenden.

Unter diesen Gesichtspunkten ist von einem Werbeauschuss, der sich zunächst aus führenden Kommunalpolitikern sämtlicher Vororte an der Nordbahn gebildet hat, eine Denkschrift ausgearbeitet worden, welche der Preussischen Landesversammlung zugehen soll. Sie wird Interessenten durch Dr. J. Reumann, Mitglied des Kreisrates Niederbarnim, R. 24, Friedrichstr. 186, gern zugesandt.

## Kein Einmachezucker.

Wie die Wiener aus jeder Blüte Honig zu saugen weiß, so versteht es die „Freiheit“ geradezu meisterhaft, aus jedem Vorfall Stoff zur Agitation zu gewinnen. Der Ausfall der Einmachezuckerlieferungen — behauptet das Blatt — sei nur auf die „totale Unfähigkeit“ der Reichsstellen zurückzuführen. In Gestalt von Bonbons und im Schleichhandel gäbe es genügend Zucker. Daß über die tschechisch-slowakische Grenze Zucker in nicht unbedeutlichen Mengen nach Deutschland hineingeschmuggelt wird, ist allbekannt. Ob aber dieser Zucker, wenn er erfährt werden könnte — selbst der unabhängige Herr Wurm hat das in seiner Ministerherlichkeit noch nicht fertig gebracht —, richtig verteilt auch nur selbst 5 Gramm auf den Kopf der Bevölkerung ausmachen würde, ist eine andere Frage. — Im übrigen spricht die „Freiheit“ ihr eigenes Urteil, wenn sie der Regierung Unfähigkeit vorwirft. Wer war denn Ernährungsminister zur Zeit der letzten Kampagne in den Zuckerfabriken? Wer hat es nicht erreichen können, daß alle Rüben gleichzeitig geerntet wurden? Wer hat versagt, als es galt, alle geernteten Rüben rechtzeitig den Fabriken zuzuführen? Wer hätte die Pflicht gehabt, beim Reichskohlenkommissar die ausreichende Belieferung der Zuckerfabriken durchzusetzen, um zu verhindern, daß noch in den Fabriken selbst die Rüben verfaulen? Niemand anderes, als der Unabhängige Wurm, der von dem Urteil seiner eigenen Parteigenossen kaum sehr erbaut sein wird.

## Bankbeamtenlöhne.

In der Sonntagsnummer des „Lokal-Anzeiger“ brachte ein Bankbeamter unter dem Titel „Neuer Bankkreis in Sicht“ einige Beispiele von Gehältern, wie sie bei einer Berliner Großbank gezahlt werden, so z. B.: Ein Kassierer, ledig, monatlich, Gehalt und Teuerungszulage, 270,85 M.; ein anderer 300 M., ein Oberbuchhalter (verheiratet, mit zwei Kindern) monatlich 888,85 M., ein Korrespondent (verheiratet, mit einem Kind), monatlich 283,85 M. Darauf erwiderte in der Dienstagsnummer desselben Blattes der Verband Berliner Bankleitungen, daß die angegebenen Gehälter zum mindesten nicht auf die in diesem Verband vereinbarten Gehältern zutreffen. Der Einsender des Sonntagsartikels im „Lokal-Anzeiger“ bittet uns, mitzuteilen, da ihm dies im „Lokal-Anzeiger“ nicht gelang, daß die von ihm angegebenen Gehälter bis heute noch von der Mitteldeutschen Creditbank gezahlt werden. Wenn die Bankleitungen sozusagen erklären, daß ihnen selbst diese Gehälter zu niedrig erscheinen, so bemerkt der betreffende Bank-

## Erleuchtung.

29] Roman von Henri Barbusse.  
Verdeutschet von Max Hochdorf.

Und Crillon kommt und ruft: „Herr Gott im Himmel, welch ein Durcheinander!“ Der alte Ponce erleichtert sich mit der Behauptung: „Das ist der Anfang vom Ende!“ Er wackelt mit dem Kopf, gelbgrau ist seine Stirn und ganz von Falten durchfurcht.

Die Zeit strich hin. Keine Nachrichten mehr. Was werden die Arbeiter tun? Was wird man erfahren! Endlich wird um 3 Uhr nachmittags Poststunde sichtbar. Er schwitzt und er ist außer Rand und Bond.

Poststunde leuchtet jetzt heraus: „Ist schon alles zu Ende! Alles geht gut, ha, versucht und zugenäht! Ehrentwort, die sind in geschlossenem Trupp zur Villa Gozlan hinmarschiert und Herr Gozlan selber war dort. Und wir fangen die Leute all zu schreien und zu drohen an. Ehrentwort. Sagt nun einer von die Herren Gozlan. „Schön, ist ja schön und gut alles, aber man muß doch einen trinken! Ehrentwort, dann werden wir viel besser miteinander reden können.“ Ein Tisch stand da und Champagner war auf dem Tisch. Man hat ihnen zu trinken gegeben und dann noch zu trinken und dann noch zu trinken! Ehrentwort, versucht und zugenäht. Die haben sich ordentlich einen hinter die Winde gegossen. Ehrentwort, daß die Champagnerflaschen wie verberzt aus dem Erdboden herausgetanz sind. Ponce brachte immer neue Flaschen an, als wenn er sie exzessiv vordereitet hätte, und es war ein feiner Champagner, extra-extra, was, wovor man sich in Acht nehmen mußte. Und nach einer Dreiviertelstunde war fast die ganze Abordnung besoffen. Die Zunge war ihnen ans Maul genagelt, und sie umarmten sich, Ehrentwort. Der und der stand noch aufrecht, aber der zählte nicht weiter mit. Die anderen mußten gar nicht mehr, warum sie eigentlich gekommen waren, und die Chefs, die vorher das Herz in die Hofen hatten, schmerzten sich gar nicht mehr, und sie hielten sich den Bauch vor lauter Lachen. Versucht und zugenäht, und dann morgen, wenn die Arbeiter wieder anfangen wollen, dann werden die Soldaten schon wieder da sein!“ Es gab eine freudige Ueberraschung, der Streik war im Meine erlöst worden! Und man wiederholte sich die Worte: „Morgen werden die Soldaten schon da sein!“

Crillon rollte die Augen, er war voller Bewunderung,

und er stammelte: „Das ist stark! Jawohl, das ist sehr stark! Jawohl, mein Junge!“ Er lachte mit seinem flatschenden, und befriedigten Lachen, und er wiederholte laut seinen wohlbekannten Rehrreim von dem souveränen Volke, das sich nicht auf den Weinen halten kann!

Unter einigen kleinmütigen Bürgern, die schon am Morgen ihre politische Meinung geändert hatten, tauchte ein breites Gesicht auf. Es war Fontan. Ich erinnere mich, schon am Abend vorher in seinem Keller ganze Labungen von Champagnerflaschen gesehen zu haben. Sie standen in weiter Reihe, zahlreich und spitzig wie Granaten neben einander. Ja, er hatte schon für einige Tage den heutigen Sieg vorausgesehen. Ja, er war wirklich stark, gerecht und weltlich. Es war ihm gelungen, die Ordnung durch einen Geniestreich zu retten.

Während des ganzen Tages hatte auf den Bewegungen und Worten der Menschen ein Zwang gelegen. Jetzt löste sich das in Freude auf. Man legte geräuschvoll die Verschwörermentieren ab, mit denen man sich am Morgen aufgeteilt hatte. Die Fenster, die während der schweren Stunden des Aufstandes geschlossen geblieben waren, öffneten sich wieder weit. Die Häuser atmeten wieder auf. Die Leute sagten auf der Straße zueinander: „Jetzt ist man diese Rotte los!“

Dieses Gefühl der Erlösung bemächtigte sich aller bis auf den letzten Mann.

Am Wirtshausstisch, der dunkelrot, wie mit geronnenem Blute gestrichen ist, treffe ich Vielbaque. Er hüpfte vor Vergnüglichkeit, aber er schlotterte auch vor Frost, denn er ist schlecht angezogen in seinem dünnen, grauen und kalten-zerklüfteten Röckchen, das an ihm wie Packpapier hängt. Man möchte meinen, daß die Papierblätter auf sein Aussehen abgefärbt haben, die er unentwegt in der Pause zwischen seinen langen Arbeitstagen und seinen kurzen Ruhennächten kopiert, um einen schabigen Zuschverdienst zu ergattern. Er bleibt an der Wirtshausstür stehen, und aus Gründen, die nur ihm bekannt sind, wagt er es nicht einzutreten. Aber wie er entzückt ist von dem allgemeinen Ergebnis des Tages! Und auch Fräulein Konstantine, die Heimarbeiterin, die unheilbar arm ist, und abgenutzt von ihrer Nähmaschine, kennt sich nicht mehr vor Freude aus. Sie reißt die Augen auf, die ewig vertränt sind. Sie ist bleichsüchtig, febrig und schlecht gewaschen, graufarben ist ihre Haut und sie trägt sich immer in Halbtrauer. Aber sie katstet freudig in die Hände.

Maria und ich wir horchten auf das wütende und ver-

zweifelhafte Gähmeln, mit dem Brissille in seiner Schmiede auf den Ambos dröhnt. Wir fangen zu lachen an, wie wir seit langem nicht mehr gelacht haben.

Vedor ich einschlafe, erinnere ich mich an meine demokratischen Anwandlungen von einstmal. Gott sei Dank, ich bin einer großen Gefahr entronnen. Die Gefahr bestand deutlich in dem Schrecken, den die Drohung der Arbeiter bei den ehrlichen Leuten hervorgebracht hatte, und sie spiegelte sich auch in der allgemeinen Glückseligkeit wieder, mit der das Zurückweichen des Schwarms begrüßt wurden. Ich finde mich auf immer zu meiner alten Weltanschauung zurück und alles ist wieder wie zuvor.

Lange Zeit verstrich, zehn Jahre bin ich nun schon verheiratet. Während dieser ganzen Zeitdauer ist nichts Bemerkenswertes eingetreten, höchstens die Enttötung bei dem Tode der reichen Tante Marias. Aber die Tote hat uns nichts hinterlassen. Und dann kam der Zusammenbruch der Bocardschen Unternehmungen. Es handelte sich nur um einen Mißgeschick, bei dem diese kleine Leute ruiniert wurden. Die Politik bemächtigte sich des Skandals, und andere Sparer brachten schleunigst ihr Geld zu Herrn Voulaque, dessen Unternehmungen weit sicherer und ernster waren. Krankheit und Tod meines Schwiegervaters wäre noch zu erwähnen. Das war ein großer Schlag für Maria und wir legten Trauerkleider an. Ich selber bin unverändert geblieben, aber Maria hat sich sehr verändert. Sie ist dicker und schwammiger geworden. Ihre Augenlider sind ermüdet und entzündet. Sie mag kaum noch den Mund zum Reden aufstun. Ueber die Einzelheiten des Lebens sind wir kaum noch der gleichen, Eintracht schaffenden Meinung. Einstmals pflegte sie immer nur ja zu sagen. Jetzt deutet ihre erste Regung immer gleich auf das Nein hin. Verstehe ich auf meiner Meinung, so verteidigt sie ihre Ansicht Schritt für Schritt, und mit Herbigkeit und oft auch mit bösem Willen. Als wir z. B. davon sprachen, im unteren Haus eine Wand niederzulassen, da hätte man glauben können, daß wir einen wilden Bank ausfochten. So laut erhoben wir unsere Stimmen. Und nach solchen Streitereien ist ihr Gesicht verzerrt und rachsüchtig, oder sie möchte wie eine Märtyrerin erscheinen, oder manchmal lassen zwischen und sogar Sekunden des Hasses auf. Wenn wir von ganz anderen Dingen reden, sagt sie häufig unermittelt: „Ach, wenn wir ein Kind gehabt hätten, dann würde alles anders geworden sein!“

(Fortf. folgt.)

Manke, daß er bei seinen Gehaltsbeispielen sogar noch bergab, die Pensionversicherungsbeiträge in Abzug zu bringen, die ungefähr pro Person und Monat 10 M. betragen. Man sieht, wie schlecht tatsächlich Bankbeamte bezahlt werden, was aber von den Bankdirektoren noch bestritten wird.

### Bessere Krankenernährung?

Amlich wird gemeldet: Der Reichsernährungsminister hatte im April Maßnahmen zur Besserung der Krankenernährung getroffen. Aus den amerikanischen Einfuhren wurden den deutschen Freistaaten Sondernormen von Fleisch oder Speck und Fett zur Erhöhung der Krankenzulage zugewiesen. Insbesondere sollte die Kopfsatzung für die Innereien der Lungenheilkühen dadurch um 250 Gramm Fleisch und Speck und 250 Gramm Fett erhöht werden. Unter den damaligen Verhältnissen konnte die Besserung der Krankenernährung nur für beschränkte Zeit in Aussicht gestellt werden. Nachdem nunmehr genügend Vorräte vorhanden sind oder doch in bestimmter Aussicht stehen, hat der Reichsernährungsminister die Regierungen der deutschen Freistaaten ersucht, die damals getroffenen Maßnahmen bis auf weiteres beizubehalten.

Gerade von Lungenleidenden sind uns in den letzten Monaten und Wochen mehrfach Klagen darüber zu Ohren gekommen, daß ihre Ernährung zu dürftig ist.

### „Genuß“ für einen Kriegsbeschädigten?

Ein Kriegsbeschädigter G., dessen vor einem Jahr eingeleitetes Rentenverfahren trotz wiederholter Wabnung bisher nicht zum Abschluß gelangt ist, wurde zu einer ärztlichen Untersuchung zu Herrn Professor Kramer (Berlin, Schumannstr. 21) bestellt. Auf eine Frage nach seinem Arbeitsverdienst antwortete G. dem Arzt: „Täglich 11 M.“, worauf der Herr Professor sagte: „Bei 11 M. Tagelohn stellen Sie noch einen Antrag auf Rente!“ Ja, glaubt denn dieser Vertrauensarzt, daß ein Kriegsbeschädigter auf seine Rentenprüfungen verzichten soll, weil er jetzt ganze 11 M. Tagelohn hat? Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, Ortsgruppe Groß-Berlin, Bezirk 4 (Süden), hat durch seine Fürsorgekommission dem Magistratskommissar für die Kriegsbeschädigtenfürsorge Groß-Berlins die ungebührliche Weigerung des Arztes mitgeteilt und dabei erwähnt, daß dem wenig erwerbsfähigen G. auch die mit 11 M. bezahlte Tätigkeit nur auf Veranlassung der Kriegsbeschädigtenfürsorge zugewiesen worden ist. Vielleicht erfährt man, was der Magistratskommissar antwortet.

Die Aufführungsfilme von Dr. Hirschfeld und R. Ohwald haben ein gewisses Aufsehen erregt. Man mag sie aus künstlerischen und ethischen Erwägungen angehen, jedenfalls kann man den Verfasser der Anerkennung nicht verweigern, daß sie den besten Willen haben, Schwächen unseres Gesellschaftsrechts zu zeigen und damit auf ihre Verbesserung hinzuwirken. Die künstlichen Tumultigkeiten, die in letzter Zeit in verschiedenen Kinobehältern bei der Vorführung dieser Filme erregt wurden, stammen, schon das Mitwirken einer Anzahl Jungdeutschlandleute ist Beweis dafür, aus demselben schmutzigen Fluß, dem die Juden- und Sozialistenbeher entspringen und sind ebensowenig eine Kritik wie das Lachen eines unreifen Teils des Publikums bei den ersten Werken eines Dichters wie Webedind oder Hofschla. Deso schärfer muß man sich dagegen verwahren, daß diese teils unreifen, teils verheerenden Leute sich anmaßen, eine Zensur in der bösesthaften Weise auszuüben. Man kann wohl verstehen, daß sich viele Leute weder in diese Art der Kunst noch der Aufführung finden können. Es bleibt ihnen doch dann unbenommen, sich derartige Darbietungen nicht anzusehen, ebenso ihr Urteil in anständiger Weise darüber abzugeben. Tumult und Fäulnis können nie Beweis für die Minderwertigkeit des Dargebotenen sein, sondern nur für die des Publikums.

Es ist möglich? In diesem Bericht im Freitag-Morgenblatt „Freiheit und Gehalt“ Dr. Emanuel, Charlottenburg, Berliner Str. 17, daß der Verfasser an einer schweren Krankheit litt, die an sich schon zu einer außerst raschen Auflösung des Körpers führt. Eine frühere Verbindung war nicht möglich, da die Angehörigen des Verstorbenen im Oberesah wohnen und trotz wiederholter Telegramme nicht erreichbar waren. Durch die lediglich mit Rücksicht auf die Angehörigen und ihren etwaigen Wunsch um Ueberführung des Verstorbenen in die Heimat verzögerte Bestattung im Verein mit der Art der Erkrankung, ergab sich bei der Einbringung technische Schwierigkeiten, die aber in keiner Weise auf eine Pflichtverletzung des beteiligten bewährten Personals zurückzuführen sind. Die Beerdigung selbst besorgte die Friedhofsdirektion. — Wir können nicht finden, daß die Leiche wochenlang unbegraben dazuliegen mußte, weil vielleicht die Angehörigen — in Neu-Frankreich! — den Wunsch hätten äußern können, sie heimzubolen!

Über 20 000 Spargläubiger der „berühmten“ Friedrichsberger Bank, die 1913 zum zweiten Male zusammengebrochen ist, sollen im August vor dem Senatsgericht einen Zwangsvergleich schließen. Viele Gläubiger sind bereit worden, dem höchst ungünstigen Vergleich zuzustimmen, eine große Anzahl ist dagegen und will sich nicht mit Pfaffen und leeren Versprechungen hinhalten lassen, da mit Sicherheit anzunehmen ist, daß sie nicht eingelöst werden können. Denn schon 1914 haben die Behörden und Großbanken erklärt, daß ein Konkurs nicht zu vermeiden sei. Der Verlust der Bank hat sich seit der selbstgewählten Geschäftsaussicht von 363 000 M. auf 6 1/2 Millionen Mark erhöht. So hat die Bankleitung wirtschaftlich, sie verdient wahrlich kein Vertrauen. Diejenigen, die ihre Zustimmung zum Vergleich gegeben haben, müssen sie sofort zurückziehen, das können sie! Dann werden die Gegner des unmöglichen Zwangsvergleichs, die sich zusammenschließen, einen viel besseren Vergleich durchdrücken! Gläubiger, die sich anschließen wollen, bitte umgehend Adresse und Spargbuchnummer anzugeben. Großes Freitagswert beilegen. Sie erhalten ausführliche Mitteilungen durch Lehrer W i c h m a n n, Berlin, Mariannen-Platz 7.

Beim Reichsberwertungsamt, auf dessen Ueberstundenwirtschaft wir hinwiesen, gibt es, wie uns geschrieben wird, Damen, welche 440 M. Gehalt und 200—350 M. Ueberstunden haben. Auch Herren sind genug da, welche nie genug Ueberstunden bekommen können. Die Voten bekommen 284 M. monatlich, wovon ein Mensch, welcher 4 Jahre draußen war, sich ernähren und auch noch Velleitung anschaffen soll. — Ferner wird uns geschrieben: Ich bin seit dem 28. Februar ohne Stellung, reichte meine Bewerbung beim R.-B.-A. ein und erhielt per Rohrpost Bescheid mich vorzustellen. Das erstmal war der betreffende Herr nicht anwesend und das zweitemal erhielt ich, nachdem ich 3 Stunden gemartet hatte, den Bescheid, daß Herren aus Kiel eingestellt worden sind. Wie ist es möglich, daß trotz der Bekanntmachung des Demobilisierungsausschusses Herren von auswärtig eingestellt werden, während man Berliner Einwohner zurückweist? — Das Reichsberwertungsamt sei hiermit dem Reichsarbeitsminister warm empfohlen!

Besondere Abteile für Kriegsverletzte sind u. a. vorgesehen im Vorortverkehr nach Spandau und Nauener oder Wustermark, nach Buch-Vernau, zwischen Spandau und Mathenow. Wo keine besonderen Abteile freigegeben werden, ist das Zugbegleitpersonal angewiesen, unter allen Umständen für gute Unterbringung der Kriegsbeschädigten bewußt zu sein, sei es durch Anweisung eines

Schiffes oder durch Aufnahme einzelner Personen in das Dienstabteil. Bei Platzmangel in einer Wagenklasse kann auf Anordnung des Aufsichtsbearbeiters oder Zugführers den Reisenden zeitweilig ein Platz in der nächsthöheren Wagenklasse angewiesen werden. Diese Anweisung ist besonders für Kriegsbeschädigte mit Bein- und Hüftverletzungen erneuert worden. Den beteiligten Beamten ist nochmals zur Pflicht gemacht worden, den Kriegsbeschädigten und namentlich den Schwerverletzten, bei der Beschaffung eines Sitzplatzes in jeder Weise behilflich zu sein. Man kann aber nicht den Schwerverletzten allgemein erlauben, bei Ueberfüllung ohne weiteres eine höhere Klasse zu benutzen.

Die Baugesellschaft Hohenzollernbamm hat bereits mehrfach die Öffentlichkeit beschäftigt. Jetzt hat sie den Vertrag mit der Müllabfuhr-Gesellschaft gefunden, ohne rechtzeitig dafür Sorge zu tragen, daß der Müll auf andere Weise beseitigt wird. Es fehlt auch an Gefäßen zu seiner Aufnahme. Der Müll wird jetzt lose in einem Kellerraum aufgeschüttet und hat sich dort schon zu anfänglichen Haufen angehäuft. Die Folge davon ist eine Zunahme an Ratten, die es unmöglich macht, Vorräte in den Kellerräumen aufzubewahren. Gefährlicher als diese Rattenplage ist jedoch eine untrügeliche Vermehrung der Fliegen. Bekanntlich sind die Fliegen die geeigneten Verbreiter von Krankheiten, und es bedarf nur eines Anstoßes, um eine Seuche in dem eng bewohnten Viertel hervorzuheben. Gesundheitspolizei, wo bist du?

Der Bund von Vereinigungen technischer Eisenbahnbeamten schreibt uns: Junge Techniker, die die Laufbahn zum technischen Eisenbahnsekretär usw. einschlagen wollen, werden vielfach bitter enttäuscht, weil ihnen die außerordentlich lange Vorbereitungs- und Wartzeit (durchschnittlich bis zur Ernennung zum technischen Eisenbahnsekretär 4 Jahre, mit monatlich 125—167 M., abgesehen von den Zulagezulagen, vergütet) unbekannt ist. Der genannte Bund, Berlin, Blücherstr. 11, hält es für seine Pflicht, auf diese Verhältnisse hinzuweisen und ist zu Auskünften bereit.

Das Kriegsunterstützungswesen ist in Neußeln folgendermaßen geregelt: Mit Ablauf des Monats Juni sind die bisher gegählten Familienunterstützungen durch Erlaß des Reichsministeriums des Innern sowie die Zahlung der Mietbeihilfen allgemein eingestellt worden. Anstelle der bisherigen Unterstützungen werden den Mitgliedern der Reichswehr sowie des bisherigen stehenden Heeres fortan sogenannte Lebenszuschüsse für ihre Familienangehörigen durch den betreffenden Truppenteil gewährt. Einen Anspruch auf Familienunterstützung und Mietbeihilfe haben für den Fall der Bedürftigkeit nur noch die Angehörigen der Vermögenden und Gefangenen der noch außerhalb der Reichsgrenzen befindlichen Heeresangehörigen, der an der Rückkehr aus dem Ausland infolge feindlicher Maßnahmen verhindert oder vom Feinde verschleppten Personen sowie die Hinterbliebenen der Gefallenen, soweit sie Versorgungsgebühren noch nicht beziehen.

### Der Kommandant von Dachau.

Einer Militärpatrouille fiel in der Friedrichstraße ein Mann auf, der verdächtige Redensarten machte. Da er sich über seine Persönlichkeit nicht genügend ausweisen konnte, wurde er nach dem Polizeipräsidium gebracht. Hier nannte er sich Erich Förster. Die Feststellungen der Kriminalpolizei ergaben bald, daß man es mit dem 27 Jahre alten Leutnant d. R. und Student der Medizin Erich Wollenberg zu tun hatte, der von München aus vertrieben wurde. Wollenberg war bei der Roten Armee der Führer der Infanterie und Kommandant von Dachau. Bei der Einnahme von München durch die Regierungstruppen wurde er verhaftet. Es gelang ihm, zu entfliehen. Als eine Durchsuchung seiner Wohnung am Schiffbauerdamm seine Identität mit dem früheren Kommandanten unzweifelhaft ergeben hatte, gab er zu, der Gestalt zu sein. Wie er angibt, ist er nach längerer Irrfahrt, die ihn nach Braunschweig und anderen Städten geführt hatten, kürzlich hier gelandet. Wollenberg wird nach München transportiert werden.

Ein Diebstahl an der Volkshochschule. Sechs Schulbilder wurden in der Schule am Mariannen-Platz gestohlen.

Ein Raubüberfall auf ein Dienstmädchen wurde in der Landsberger Straße 75 verübt. Das im Hotel Landsberger Hof beschäftigte Dienstmädchen Erna Reimann wurde von einem Mann, als es abends allein war, überfallen und gefesselt. Der Räuber nahm eine Kasse mit 800 Mark mit. Nach den Feststellungen der Kriminalpolizei handelt es sich um einen Schlosser Harry Waiden, der sich wohnungslos umhertreibt. — Der Raubüberfall auf die Frau Rabe in der Greifswalder Straße, die als Vertreterin des Schankwirts Keller während dessen Abwesenheit von Gästen getrunken und gefesselt worden ist, konnte bisher noch nicht weiter aufgeklärt werden.

Aushebung von sechs wilden Spielklubs. Die Klubs, die, soweit es möglich war, geschlossen und versiegelt wurden, befanden sich in der Kalkreuth-, Märnberger, Augsburger, Roscher- und Joachimsthaler Straße. In einzelnen Räumen wurden bis zu 100 Personen und mehr angetroffen, die entweder am Spieltisch saßen oder sich in anderen Zimmern beim Sekt in Begleitung von Halbweltedamen vergnügten.

Große Mädenschwärme konnten am gestrigen Abend in der Nähe des Markthausers beobachtet werden. Die dicke Rauchwolke zogen sie über die Dächer der Häuser hin. Das seltsame Schauspiel festelte viele Straßenpassanten.

Der Schulreformgedanke marschiert! Am 4. und 5. Oktober im Plenarsaal des Landeshauses, Rathhäuserstraße, vier pädagogische Konferenzen mit dem Gesamtthema: Neue Ziele und Wege der Erziehung und des Unterrichts. Am Vormittag des 4. Oktober vier Referate: „Unterricht und Erziehung“ (Der neue Welt, Begründung und Aufbau der Einheitschule, Gemeinschaftserziehung, Staats- und Familienziehung), am Nachmittag drei: „Lehrerbildung und Lehrertätigkeit“ (Lehrerstand und Lehrerbildung, Pädagogische Akademien und Fakultäten, Verfassung der Lehrerschaft). Am 5. Oktober vormittags: „Natur und Gesellschaft im Unterricht“ (Biologischer Unterricht, Soziologischer Unterricht, Kulturunterricht, Reform des Geschichtsunterrichts); nachmittags: „Lebensanbahnung und Schule“ (Ethisch-pädagogische Propädeutik, Künstlerische Erziehung, Friedenspädagogik). Nach jeder Vortragsguppe Aussprache. Abends Volkshochschülerversammlung in Berlin und Kankeln, die den neuen Schulbau, die Reorganisation, den Fasizismus im Unterricht, die Sozialpädagogik, die Schulgemeinde und die Elternbeiräte behandeln. Alle Mitteilungen erbeten an Studienassessor Arno Wagner, Wilmersdorf, Speersstr. 15.

Luftpostpakete werden jetzt von sämtlichen Postämtern zur Beförderung angenommen. Außer dem gewöhnlichen Vorkurs bringen die Pakete 5 M. Rückgebühren für jedes Kilogramm; nicht mehr als 60 Zentimeter in Länge, Breite und Höhe.

Ein neues Stadtspieltheater am Potsdamer Platz mit 1000 Plätzen soll Ende August von der „Schauburg“-Gesellschaft eröffnet werden.

Schauburg-Kinglumpfe im Kinoplatz am Andreasplatz ab 1. August. 12 000 M. Werte.

Wer sind die Toten? An der Schleusenbrücke am Mühlendamm wurde die Leiche einer unbekannteren Frau von 25 bis 30 Jahren gelandet. — Erhängt hat sich in einem Hotel in der Radaststraße ein unbekannter Mann von etwa 30 Jahren, der

sich als Musiker Gustav Fritsche aus Schneidemühl eingetragen hat. — Eine Kindesleiche wurde aus dem Verbindungskanal gelandet.

Reinickendorf. Der Gesellentwurf „Groß-Berlin“ fand in der Gemeindevertretung Zustimmung. Gewünscht wird: Ausdehnung auf die 20-Kilometer-Zone, Fortfall des Bestätigungsrechts des Ministers, Wahlzeit für Stadtratsmitglieder 8 Jahre, befristete Magistratsmitglieder 6 Jahre, unbefristete 8 Jahre. Auf Antrag der Unabhängigen wurde die Eingliederung der Arbeiterräte als Forderung erhoben. — Für Ferienkurse wurden 6000 M., den Lehrern für Abhaltung von Spielstunden 2 M. pro Stunde bewilligt, dagegen wurde die Forderung der leitenden Lehrer an den katholischen Schulen auf Extrabehaltung von Schreibarbeiten abgelehnt. Die Volkshochschulen sollen gegen Verunsicherungen geschützt werden. Der Betrag von 2026 M. hierfür wurde bewilligt. Zur Ansiedlung von zu erwartenden deutschen Flüchtlingen an den zutretenden Provinzen wurde dem Kreise Niederbarnim ein zehn Morgen großes Areal zur Verfügung gestellt. Für zeitweilige Wohnungsverhältnisse wurden den Besitzern des Mietseignungsamtes eine Entschädigung von 200 M. gewährt. Die Kommission zur Untersuchung der Fälle Glamann und Hillesheimer erstattete Bericht. Im Falle Glamann stellte der Bericht noch eingehende Untersuchungen fest, daß das der Gemeinde verkaufte Pferd mit Häute behaftet gewesen war, die beim Ankauf im Verbeilen war. Das Fleisch solcher Pferde sei aber nach tierärztlichem Gutachten zum menschlichen Genuß geeignet. Der Ankaufswert des Pferdes sei zu hoch gewesen. Das ganze Geschäft sei nicht empfehlenswert gewesen. Doch treffe den Deputierten des Fleischervereinsverbandes kein Vorwurf. Dagegen habe der Gemeindevertreter Glamann die Sachlage übersehen müssen. Ihn treffe ein moralischer Vorwurf. Im Falle Hillesheimer sieht die Kommission als festgestellt an, daß er, der als besondere Vertrauensperson für die Fleischabgabe bestellt war, eigenmächtig statt eines Pferdevieherts ein Rindvieh der Fleischabgabestelle überwiesen habe. Dieses Rindfleisch ist zum erheblichen Teil an die Arbeiter des Gemeindedepots zum Preise für Pferdefleisch verkauft worden, der Rest ist an die Bevölkerung abgegeben worden.

Schmiedewitz. Gemeindevertretung. Gegen die vollzogene Schöffenwahl haben unsere Genossen Einspruch erhoben, weil die nach der Landgemeindeordnung vorgeschriebene ordnungsmäßige Bekanntmachung unterlassen worden war. Der Gemeindevorsitzer bemerkte, daß er Ungültigkeitserklärung schon deswegen beantrage, weil bei Aufstellung der Wahllokalen ein Beamter diese einem Mitglied der Vertretung nicht forngerecht unterbreite. Gen. Schulze mochte darauf aufmerksam, daß kein formeller Einspruch seitens des Mitgliedes und des Vorsitzers vorliegt und daher über unseren Einspruch entschieden werden müsse. Der Vorsitzende erwiderte, die Vertretung könne selber die Wahl fassen und Neuwahl ansetzen. Unsere Partei hat zwar bei den Gemeindevorwahlen die Stimmenerhebung erlangt, aber wegen Verbleibens der Schöffen im Amt ist sie noch Minderheit im Gemeindeparlament. Sie hat kein Interesse an einer Schöffenerneuerung vor Inkrafttreten des Gesetzes, das Veränderung bringen soll. Gen. Schulze widersprach daher einer weiteren Besprechung des Gegenstandes, der nicht auf der Tagesordnung stand. Ein Antrag des Vorsitzenden, dennoch weiter darüber zu verhandeln, wurde mit den Stimmen der Bürgerlichen angenommen. Die Einwände unserer Genossen setzten aber durch, daß die Beratung abgebrochen und beschlossen wurde, die Schöffenwahl bis nach Inkrafttreten des Gesetzes zurückzustellen. — Die Beratung des Ortstatuts über Anstellung der Gemeindebeamten usw. wurde bis zur Neuwahl des Gemeindevorstandes zurückgestellt. Erörtert wurde der Plan des Baues von Kleinwohnungsbäufern.

Bücherei: Die „Vorwärts“-Expedition befindet sich jetzt beim Gen. Rudolf Friedrich, Berliner Str. 45.

### Groß-Berliner Lebensmittel.

Auf „C II“ Kinderorten heute für 3 Tage und zwar für Sonntag, Montag und Dienstag 1 Döfche Kondensmilch. Die B o l l m i l c h - L a r t e n für September 1919 werden ausgeben in Berlin: für Kinder im 1. und 2. Lebensjahre Montag und Dienstag, im 3. und 4. Lebensjahre Mittwoch und Donnerstag, im 5. und 6. Lebensjahre Freitag und Sonnabend.

250 Gramm Brotzeit in der kommenden Woche (H K), ebenso 200 Gramm an die Heißblutverfolger.

Berlin. Bis Dienstag im 69., 70., 72., 80., 81., 82., 190., 208., 238. und 240. bis Mittwoch im 74., 73., 77., 83., 84., 90. und 192. und bis Donnerstag im 75., 78., 79., 181., 210. und 212. Brotkommissionsbezirk 250 Gramm Ritz.

Lichtenberg. Vom 1. bis 15. 8. auf 382 E. J. G. K. und 3. 375 g Zucker.

Lichterfelde. Vom 28. Juli bis 9. August 750 g ausländisches Raimehl (33, 65).

### Groß-Berliner Parteinachrichten.

Mächtige Parteigenossen! Wichtige Flugblattverbreitung am Montag, den 28., von 5 Uhr ab, in Berlin und folgenden Vororten:

Wannichowweg, Oriz, Charlottenburg, Friedenau, Lichtenberg, Neutölln, Niederischdöhlen, Pantom, Reinickendorf-Ost und West, Schmörgendort, Schöneberg, Steglitz, Stralau, Tegel, Tempelhof, Treptow, Weißensee, Wilmersdorf.

Niederischdöhlende. Die Mitglieder treffen sich am Sonntag früh 6 1/2 Uhr zur gemeinsamen Partie nach Eichwade-Schmörgendort. Abfahrt 6 52 Uhr. Gäste willkommen.

### Jugendveranstaltungen.

Weißensee. Morgen Sonntag, Wanderung nach Bernau-Gellsee. Treffpunkt 4 1/2 Uhr Antonplatz. Kosten 1,50.

### Briefkasten der Redaktion.

Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage muss man einen Nachnamen und eine Nummer der Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. Giltige Anfragen tragen man in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, 1. Hofpartier links, vor. Schriftstücke und Beiträge sind mitzubringen.

W. A. 9. Soz. Lehrerverein: Herr Nidahl, Reinickendorf, Weichselstr. 33. Red. „Frieder Lehr“, Lindenstr. 3. — P. 6. 85. 1. bis 5. Durch das Reich. Das Reichswirtschaftsministerium bearbeitet die Angelegenheit. Es wird erst eine Kommission gebildet, die weiteres veranlagt. — D. S. R. 2. Ein solches Universal-Auskunftsbuch gibt es nicht; wir haben darunter Adressen nicht. — S. R. 1209. Die Rückkehr dürfte u. E. kaum vor dem Herbst erfolgen. — P. R. 43. Die Angelegenheit bearbeitet das Reichswirtschaftsministerium; fragen Sie dort an. — W. W. 3. Leber ja. — P. 123. Wenden Sie sich an einen Vertragsbuchhändler; wenn die Bedingungen aber nicht besonders hervorragend, werden Sie schwer einen solchen bereisfinden. — W. R. 83. Unentgeltliche Beratungsbüro bei der Landesversicherungsanstalt, im Köpenicker Park. — S. 72. Es dürfte wohl noch acht bis zehn Tage darüber vergehen. — C. 2. 26. Wenden Sie sich beim Reichsberwertungsamt an das Reichsberwertungsamt. — W. R. 70. Das Schreiben hat keine Bedeutung. — G. 2. 31. Wenden Sie sich an das auswärtige Amt, nachdem an eine der großen Schlichtungsgesellschaften.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag nachmittags; überdies noch ziemlich kühl und größtenteils bedeckt mit öfter wiederholten Regenschauern und mäßigen nordwestlichen Winden.

**Möbel-Engros-Lager**  
Berliner Tischler- & Tapeziermstr.  
**Albert Gleiser** Alexanderplatz  
Berlin C. 33 Alexanderstrasse 42

Wir liefern direkt an Private als Spezialität:  
**Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen**  
in jeder Holz- und Stille zu soliden Preisen.  
Reiche Auswahl in erstklassigen Möbeln bei zum Ansehen. Besichtigung unserer umfangreichen Lager bei Ausserer Lehnend und erwünschte, Bahnfreie Lieferung durch ganz Deutschland direkt ab Fabrikabende.